

5.

Gegen die Partei-spaltung

Herausgegeben
vom Vorstand der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

AVO

Anfang Oktober 1931

22779



AMO - 27. 779

Materialien

zum Beschluß des Parteiausschusses

der Sozialdemokratischen Partei vom 22. 9. 1931

Die deutsche Arbeiterklasse hat stets die Einheit und Geschlossenheit der Bewegung als ihr höchstes Gut erachtet. Deshalb sind auch vor dem Kriege alle Sonderbestrebungen in der Sozialdemokratischen Partei, die auch nur die geringste Gefahr einer Abspaltung oder Spaltung in sich bargen, auf das entschiedenste unterbunden worden. Die Sozialdemokratische Partei als eine demokratische Partei gibt der Meinungsfreiheit den größtmöglichen Spielraum. Aber jede Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratischen Partei muß sich in den Grenzen halten, die für alle Mitglieder der Organisation, ob sie einfache Parteisoldaten oder Funktionäre in den höchsten Vertrauensstellungen sind, durch das Programm der Partei, ihr Organisationsstatut, die Beschlüsse der Parteitage und der von den Parteitagern eingesetzten leitenden Körperschaften, Parteivorstand und Parteiausschuß usw., gezogen sind. Die Meinungsfreiheit ist aber auch gebunden an die Erfordernisse des proletarischen Kampfes, besonders wenn die Partei im schwersten Ringen steht.

Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei im Kriege ist von der ganzen Arbeiterklasse als ein Unglück empfunden worden. Deshalb wirkte es wie eine Erlösung, als sich auf dem Einigungsparteitag in Nürnberg Mehrheitssozialdemokraten und unabhängige Sozialdemokraten wiederum zu einer sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammensanden. Damals wurde das Gelöbniß abgelegt, daß es niemals wieder zu einer Zerreißen der Partei der deutschen Arbeiterklasse kommen dürfe. Solange die wirtschaftliche Konjunktur in Deutschland sich im allgemeinen auf aufsteigender Linie bewegte, waren, bei manchen Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen, keine sonderorganisatorischen Bewegungen in der Partei zu beobachten. Die Reallöhne der deutschen Arbeiter stiegen um diese Zeit um etwa 16 Proz., in der Sozialpolitik und in der auswärtigen Politik, in den Ländern und Gemeinden konnten beachtenswerte Erfolge erzielt wer-

dan. Die Sonderbewegungen der 23 in Sachsen und des Nelson-Bundes in Göttingen wurden schnell und ohne Schaden für die Partei liquidiert.

Diese Verhältnisse änderten sich mit der Verschlechterung der Konjunktur, die seit 1928 zu beobachten ist und zu der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise geführt hat. Die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse hatten sich verschlechtert. Konnte die Sozialdemokratie bis dahin wesentliche Erfolge in Angriff auf die Stellungen der besitzenden Klassen erzielen, so mußte sie jetzt vor allem darauf bedacht sein, das Errungene zu halten und jeden Versuch der Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse abzuwehren. Solange das Kabinett Hermann Müller im Reich regierte, ist ihr das auch im allgemeinen gelungen. Wesentlich schwieriger wurde die Lage der Partei seit dem Amtsantritt der Regierung Brüning. Die Taktik der Partei mußte sich schließlich entscheidend ändern, als der Ausgang der Reichstagswahl vom 14. September 1930 die Gefahr einer faschistischen Gewaltherrschaft in bedrohliche Nähe rückte.

In dieser Zeit der größten wirtschaftlichen Not ist die Erhaltung der Einheit der Partei und der Geschlossenheit ihres Kampfes wichtiger denn je. Und deshalb muß es doppelt schwer empfunden werden, daß in den letzten Jahren wiederholt Sonderbestrebungen zu beobachten waren. Das Bedenklichste war, daß Bemühungen zutage traten, die die Grenzlinien gegenüber den Kommunisten zu verwischen drohten, zu derselben Partei, die als ihre wichtigste Aufgabe nicht den Kampf gegen das Kapital, gegen die besitzenden Klassen betrachtet, sondern die Zerschlagung der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und der anderen Massenorganisationen der deutschen Arbeiterschaft, durch Zellenbildung und offenen Kampf zu erreichen bestrebt war.

Solche Bestrebungen zeigten sich in den Versuchen der Kommunistischen Partei um die Zerreißung der sozialistischen Arbeiterjugend, um die Unterhöhlung der freien Gewerkschaften durch Gründung der RGD., durch Spaltungen im Arbeiter-Turn- und -Sportbund und bei den Freidenkern. Eine ausgesprochen sonderorganisatorische Bewegung geht von ehemaligen sozialdemokratischen Mitgliedern der Deutschen Friedensgesellschaft aus, die sogar schon zur Gründung der „linkssozialistischen Arbeitsgemeinschaft“ geführt hat. Die größte Gefahr droht der Einheit der Sozialdemokratischen Partei schließlich aus dem Vorgehen der sogenannten „Opposition“, die sich um die Genossen Mag Seydewitz, Dr. Kurt Rosenfeld und Heinrich Ströbel gruppiert.

Auf Grund dieser Vorgänge hat der Parteiauschuß am 14. Juli 1931 den nachstehenden Beschluß gefaßt:

1. Beschluß des Parteiauswurfes

„Der Parteiauswurf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands betont:

Die Einheit und Geschlossenheit der Partei ist in der gegenwärtigen Sturmzeit mehr denn je eine unbedingte Notwendigkeit. Demgegenüber steht jedoch fest, daß auf der Grundlage der marxistischen Büchergemeinde und einer besonderen Referentenvermittlung innerhalb der Parteiorganisation die Ansätze zu Organisationen geschaffen sind, die neben der Sozialdemokratischen Partei ein Sonderdasein führen.

Dazu kommt die Aufforderung zur Zustimmungserklärung zu dem „Mahnruß“ in Nr. 13 des „Klassenkampf“ und die Sammlung von Unterschriften, die nur den Zweck haben kann, Adressenmaterial zu sammeln, das die Grundlage eines weiteren Ausbaues der Sonderorganisation ist.

Nach den Erfahrungen der Vergangenheit haben solche Vorgänge ihre eigenen Gesetze. Gleichgültig, ob die Urheber dieser Maßnahmen die Spaltung wollen oder nicht, besteht die Gefahr, daß sie zur Spaltung der Partei führen.

Jede Betätigung in diesem Sinne ist unvereinbar mit den Interessen der Partei und muß als parteischädigende Handlung angesehen werden.

Der Parteiauswurf verlangt deshalb die Einstellung der Sammlung von Unterschriften sowie aller Sonderaktionen und Bestrebungen zur Errichtung selbständiger Organisationsgebilde in und neben der Partei.“

Das war das erste Warnungssignal. Den Führern der Opposition war mit diesem Beschluß die Möglichkeit zur Umkehr von dem für die Partei verhängnisvollen Weg gemiesen. Neben Sendewitz, der Mitglied des Parteiauswurfes ist, waren Rosenfeld und Ströbel zu der Sitzung geladen und auch erschienen.

Trotz dieser Warnung wurde zwölf Tage nach der Stellungnahme des Parteiauswurfes in Hagen die „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ gegründet. Und am 4. September erschien die erste Nummer der „Fackel“.

Der Beschluß des Parteiauswurfes vom 14. Juli richtete sich in erster Linie gegen die „Marxistische Büchergemeinde“. Von der „Freien Verlagsgesellschaft“ und der „Fackel“ konnte noch nicht gesprochen werden, weil niemand außer Sendewitz und Rosenfeld die Existenz dieser neuen Firma kannte. Die neue Firma ist am 7. Juli 1931 bereits ins Handelsregister eingetragen worden. Aber in der Sitzung am 14. Juli haben sowohl Sendewitz wie Rosenfeld und Ströbel die Gründung dieser neuen Firma und ihre besondere Aufgabe dem Parteiauswurf verschwiegen.

Als jedoch die Treibereien fortgeführt wurden, sah sich der Parteiauswurf veranlaßt, zum zweiten Male ein Warnungssignal aufzurichten. Er erklärte am 22. September:

2. Beschluß des Parteiausschusses

Der Parteiausschuß erklärt:

Die propagandistischen und organisatorischen Arbeiten der Partei erfolgen unter Verantwortung und durch die von der gesamten Mitgliedschaft gewählten Körperschaften in den einzelnen Orten und Bezirken. Deshalb beschloß der Parteitag zu Heidelberg in dem Antrage Nr. 96, der von der Zwickauer Bezirksorganisation gestellt war:

„Der Parteitag wolle beschließen: Sonderkonferenzen, Sonderveranstaltungen, wie sie von den 23 sächsischen Landtagsabgeordneten wiederholt abgehalten worden sind, sind verboten.“

In Konsequenz dieses Beschlusses beschloß der Parteiausschuß in seiner Sitzung vom 14. Juli 1931, in welcher er sich mit dem bekannten „Mahnruf“ in Nr. 13 des „Klassenkampf“ befaßte, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei in der gegenwärtigen Sturmzeit mehr denn je eine unbedingte Notwendigkeit sei. Er stellte fest, daß auf der Grundlage der „Marxistischen Büchergemeinde“ Ansätze von Organisationen geschaffen seien, die in der Partei ein organisatorisches Sonderleben nach eigenen Gesetzen führten. Er beschloß deshalb, im Sinne des Heidelberger Parteitagbeschlusses, daß jede Betätigung für diese sonderorganisatorischen Bestrebungen unvereinbar mit den Interessen der Partei sei und als parteischädigende Handlung angesehen werden müsse. Er forderte die Einstellung aller Sonderaktionen und Bestrebungen zur Errichtung selbständiger Organisationsgebilde in und neben der Partei.

Gegen diesen Beschluß erhob sich nur die Stimme eines an den verurteilten Bestrebungen beteiligten Parteiausschußmitgliedes. Die von dem Parteiausschuß ausgesprochene Warnung fand leider nicht die im Interesse der Parteieinheit so dringend notwendige Beachtung. Die „Marxistische Büchergemeinde“ setzte ihre Arbeiten unter dem Namen „Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.“ fort. Hier war schon früher die Zentrale der vom Parteiausschuß getadelten sonderorganisatorischen Einrichtungen. Diese Verlagsgesellschaft ließ am 4. September 1931 eine Wochenzeitschrift „Die Fackel“ erscheinen, die in einer „Geburtsanzeige“ ausdrücklich als gegen die „Leipziger Demokratie“ gerichtet bezeichnet wurde. Damit ist der Kampfscharakter dieses außerhalb der Partei stehenden Blattes gegen den Leipziger Parteitag, seine Beschlüsse und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands offen zugegeben.

Für die Verbreitung dieser Zeitschrift und zur Schaffung eines Vertrauensmännerkörpers beschaffte man sich von Angestellten der Partei durch Verleitung zur Untreue das erforderliche Adressenmaterial im Reiche. Man versuchte, durch im Dienst der Parteipresse beschäftigte Werber den Vertrieb der „Fackel“ und der Roten Bücher der „Marxistischen Büchergemeinde“ in die Wege zu leiten. Ohne Kenntnis der Parteinstanzen sollte der Organisationsapparat oder die Mitgliedschaft in den Dienst dieser Sonderaktion gestellt werden.

Alle diese Handlungen sind ein schwerer Verstoß gegen den Beschluß des Heidelberger Parteitages und ein bewußtes Zuwiderhandeln gegen den als letzte Mahnung gefaßten Beschluß des Parteiausschusses vom 14. Juli 1931. Jede weitere Duldung eines solchen zur Parteispaltung führenden Treibens würde alle verantwortlichen Parteinstanzen mitschuldig machen.

Dazu kommt die durch führende Personen der Deutschen Friedensgesellschaft durch Aufrufe und Unterschriftenammlung geförderte Gründung einer „Linkssozialistischen Arbeitsgemeinschaft“, die sich offen gegen die Sozialdemokratische Partei wendet und zur Schaffung einer „neuen Gemeinschaft“ aufruft. Auch hier wendet man sich an die Funktionäre der Partei und versucht, Vertrauensmänner und Mitglieder zu werben.

So bestätigt sich, was der Parteiausschuß in seiner Erklärung vom 14. Juli sagte, daß — gewollt oder ungewollt — jene parteierzerstörenderen Tendenzen ihre eigenen Entwicklungsgesetze haben. Für Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, die gleichzeitig der Deutschen Friedensgesellschaft angehören, darf es nach jenem Aufruf der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ vom 12. September 1931 keine Frage sein, daß sie aus der Deutschen Friedensgesellschaft auszuscheiden haben.

Der Parteiausschuß beschließt, daß die Zugehörigkeit zur Deutschen Friedensgesellschaft und die Mitarbeit an der Zeitschrift „Das andere Deutschland“ unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Er beschließt dasselbe für alle diejenigen, welche entgegen dem Heidelberger Beschluß sich an Sonderbestrebungen beteiligen, wie sie durch die Gründung und Unterstützung der „Freien Verlagsgesellschaft“ zum Ausdruck kommen.

Der Parteiausschuß fordert den Parteivorstand auf, alle zur Erhaltung der Parteeinheit und zur Bekämpfung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungesäumt vorzunehmen.

Zur Beurteilung der Vorgänge, die zu diesem Beschluß führten, unterbreiten wir den Parteigenossen das nachfolgende Material.

Spaltungsbestrebungen der Friedensgesellschaft

Schon seit Jahren wird in der pazifistischen Zeitschrift „Das andere Deutschland“ ein scharfer Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei geführt. Diese Zeitschrift erscheint in Hagen unter der Leitung von **Fritz Küster**, regelmäßiger Mitarbeiter und Artikelschreiber ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete **Heinrich Ströbel**. Küster wurde Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, die bekannten Pazifisten **Duide**, **v. Gerlach** u. a. schieden aus dieser Organisation aus. Seitdem ist der Kampf der Zeitung Küsters gegen die Sozialdemokratische Partei auf die Deutsche Friedensgesellschaft übertragen worden. Küster, der früher der Sozialdemokratischen Partei angehörte, gründete eine „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“. Als der Beweis für seine sonderorganisatorischen Bestrebungen erbracht war, mußte er den Austritt aus der Partei erklären, er kam dadurch dem Ausschluß zuvor.

Anfang August wurde an Parteigenossen in Westdeutschland, von denen man annahm, daß sie die Spaltungsbestrebungen der Deutschen Friedensgesellschaft fördern würden, der folgende Werbezetteln verschickt:

Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik.

Am Sonntag, den 26. Juli, fand in Hagen i. Westf. eine Aussprache sozialistisch orientierter Politiker aus Rheinland-Westfalen über die politische Verworfenheit der heutigen Zeit statt. Obgleich zwei Drittel der Anwesenden Mitglieder der SPD waren, wurde einmütig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die nationalistisch-militärfremde und Tolerierungspolitik der SPD und die pseudorevolutionäre Katastrophenpolitik der KPD, die der faschistischen Diktatur den Weg ebnet, nicht länger tragbar sei. Sie befanden, daß alles versucht werden müsse, sofern sich eine Neuorientierung der parlamentarischen Vertretung nicht erreichen lasse, eine parteipolitische Neugruppierung vorzubereiten.

Einmütig wurde sofort die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik beschlossen und ein Ausschuß von 5 Personen gewählt, der die Aufgabe hat, Zustimmungserklärungen zu sammeln und Verhandlungen mit nahestehenden Gruppen und Kreisen aufzunehmen.

Die Zustimmungserklärung lautet:

Ich trete ein für konsequente sozialistische und kriegsgegenerische Politik und schließe mich zu diesem Zwecke der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ an.

Zustimmungserklärungen sind zu richten an:

W. P. Meyer, Solingen, Hauptstraße 312.

Ich trete ein für konsequente sozialistische und kriegsgegenerische Politik und schließe mich zu diesem Zwecke der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ an.

Name: Vorname:
Wohnort: Straße:
Beruf: Alter:

Zu gleicher Zeit wurde ein Flugblatt verbreitet, das sich an „Sozialisten, Kriegsgegner“ wandte und folgende Sätze enthielt:

„Die SPD ist weder eine sozialistische noch eine demokratische Partei. Sie ist eine Partei des schwächlichen Reformismus geworden, in der Claquewesen und der Apparat alles, der Wille der Mitglieder nichts bedeuten. Die Politik der Partei seit 1914 — Kriegskreditbewilligung, 4 Jahre Nord- und Hungereinsparungsfront, Niederknüpfung der Revolution (Moske), Kompromiß mit dem Bürgertum, Ruhrummel (Einheitsfront von Ludendorff bis Seipart), Ermächtigungsgesetze, Konfordat, Panzerkreuzer, Notverordnungen am laufenden Band, um nur einige Meilensteine zu nennen, — ist eine nicht ab-

reißende Kette des Verrats am internationalen Sozialismus. Aber diese Politik ist wenigstens klar und für jeden denkenden Arbeiter erkennbar. . . .

Wir rufen auf, mit uns mutig und hoffnungsfroh an die Schaffung einer großen Gemeinschaft zu gehen, die das sozialistische Gewissen in Deutschland sein will, die in einer konsequenten, radikalen Friedenspolitik die Voraussetzung für den Sozialismus sieht, die jede Postenjägeri ablehnt und den unbeugsamen Willen hat, die Lebensinteressen der breiten Massen über die Sonderinteressen einer ausbeuterischen Minderheit zu stellen. Schließt euch zusammen zu einem machtvollen Bunde, der jeder Form der Korruption, jedem Versuche der Aufrüstung, allen Provokateuren und dem Bonzentum den schärfsten Kampf ansagt! . . ."

Unterzeichnet ist das Flugblatt vom Arbeitsausschuß der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“, an dessen Spitze Fritz Küster steht.

Wie im einzelnen an der Parteisplaltung gearbeitet wurde, zeigt sich an folgenden Beispielen:

Aus Freiburg i. B. ist am 1. August 1931 ein Brief verschickt worden, in dem es heißt:

. . . Hier selbst haben uns in Freiburg bereits zu einer Gruppe zusammengeschlossen, werden in Zukunft regelmäßig unsere Zusammenkünfte haben. In unserer Gruppe arbeiten eine Reihe von bekannten Parteifunktionären mit, auch erweitert sich unser Kreis immermehr. Vorläufig müssen wir unsere Arbeit noch illegal machen, um innerhalb der Partei noch für unser Programm arbeiten zu können.

. . . Es wäre uns sehr angenehm und im Interesse der kommenden schweren Kämpfe wenn Du jetzt schon beginnen würdest in unserem Sinne zu arbeiten. Unsere Arbeit ist nicht auf Freiburg beschränkt sondern verteilt sich auf das ganze Reich. Die Hauptzentren sind Ruhrgebiet, Sachsen und Berlin, wo die Arbeit sehr weit fort geschritten ist . . .

(Die Abschrift erfolgte mit den gemachten Schreibfehlern.)

Am 26. August 1931 wurde aus einem Vorort von Stuttgart an die „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ in Hagen ein Brief folgenden Inhalts gerichtet:

. . . Senden Sie mir bitte einige Blocks für Zustimmungserklärungen und Artikel für die Stuttgarter Zeitungen, und zwar für 1 SPD.-Organ (und wenn es nur ein Schimpfartikel ist, damit überhaupt etwas kommt), für 1 KPD.-Organ, für die Sonntagszeitung und verschiedene bürgerliche Blätter. Aus dem Leserkreis der Sonntagszeitung dürften wohl ziemlich viele Zustimmungserklärungen einlaufen. Wäre es nicht zweckmäßiger, wenn ich statt der Solinger-Adresse meine in der Sonntagszeitung bekannt gäbe? . . . Wenn Sie damit einverstanden sind, müßten Sie mich allerdings sehr gut informieren, damit ich Rückfragen erledigen kann.

„**Leider kann ich, weil ich kein Geld habe, nicht zu unserem Bundestag nach Trenthorst fahren, dort hätten wir dann ausführlich die Sache besprechen können.**

Ich halte den Zeitpunkt zur Gründung einer Partei, die zwischen KPD. und SPD. steht, für außerordentlich günstig. Das Programm müßte allerdings so schnell wie möglich publiziert werden.

Es würde mich freuen, wenn bei Ihrem nächsten Schreiben die Unterschrift leserlich wäre; ich vermute, daß Freund Küster unterschrieben hat.

Von der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“, Organisationsabteilung, Solingen, wurden vervielfältigte Schreiben ins ganze Reich versandt, die folgendermaßen schließen:

„Bemühen Sie sich mit Gleichgesinnten in Zusammenkünften vorzuarbeiten, bereiten Sie die Gründung einer Gruppe vor, besprechen Sie die Lage und unser Vorgehen; nennen Sie uns einen Vertrauensmann oder Vorstand oder Sammeladresse; wir werden dann dorthin weitere Informationen laufend geben. — In wenigen Tagen werden wir uns mit näheren Details wieder melden! Inzwischen „trächtig weitermachen!“

Man begnügte sich aber nicht nur mit der Versendung von Werbezetteln und Flugblättern, man schickte den künftigen Leitern von Ortsgruppen der neuen Partei auch bereits Stempel mit der Firma „Linkssozialistische Arbeitsgemeinschaft“ zu. Am 21. September 1931 brachte der „Dortmunder Generalanzeiger“, der in der letzten Zeit keine Gelegenheit vorübergehen ließ, um die Sozialdemokratische Partei zu verunglimpfen, folgende Notiz:

Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik.

„Die Arbeitsgemeinschaft konstituierte sich, wie wir erfahren, auf ihrer gestrigen in Dortmund stattgefundenen Tagung durch einstimmige Annahme eines politischen Aktionsprogramms und der Satzungen zu einer selbständigen politischen Organisation. Die gewählte Reichsleitung wurde beauftragt, die über das ganze Reich verbreiteten Stützpunkte zu Organisationsgruppen auszubauen.“

Von München aus wurde am 8. September an Gefinnungsgenossen in Westdeutschland ein Brief verschickt, dem wir folgendes entnehmen:

„G. L. berichtet mir, daß natürlich betr. festes Programm erst daran gedacht werden könnte, wenn die in Betracht kommenden Gruppen bei einer gegenseitigen Aussprache zum Programmwurf Stellung nehmen können.

Ich denke mir die Sache so, daß eine zwanglose Aussprache erfolgt und dann ein gemeinsamer Kongreß vielleicht in Mitteldeutschland zu Weihenachten endgültig zur neuen Gründung Stellung nimmt.“

Die Spaltungsbestrebungen der Friedensgesellschaft unter Küster wurden unterstützt von der „Kampfgemeinschaft junger Pazifisten“, die die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend und jüngeren Parteigenossen zur Bildung von Ortsgruppen auffordert.

Als diese Vorgänge in der Partei bekannt wurden, begründete Genosse **Di e t r i c h**, der Vorsitzende des Bezirks Thüringen der Sozialdemokratischen Partei, in der dortigen Presse seinen Austritt aus der Friedensgesellschaft:

„Vor einiger Zeit waren in dem Organ der Deutschen Friedensgesellschaft „Das Andere Deutschland“ Aufforderungen einer „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ enthalten. Diese Aufforderungen kamen aus dem rheinisch-westfälischen Gebiet. Es konnte aber kein Zweifel darüber bestehen, daß hinter den Bestrebungen dieser „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ der Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, Fritz Küster (Berlin), stand. Die Vorgänge in der Arbeiterbewegung in den letzten 15 Jahren ließen aber auch einen Schluß auf die Auswirkungen zu. Eine neue Partei und damit eine neue Zerspaltung der Arbeiterklasse wäre das Resultat. Hinzu kommt, daß Fritz Küster diese „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ in dem Augenblick aufzieht, wo der Einheits- und Uebertrittsrundel in der KPD. vor der Öffentlichkeit als ausgemachter Schwindel erscheint. Es war deshalb selbstverständlich, daß der Parteivorstand aus der Verantwortung, die er gegenüber der Organisation trägt, beschloß, die Zugehörigkeit zur „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ sei unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei.

Die Entwicklung, die die Deutsche Friedensgesellschaft unter der Leitung Küsters nimmt, macht einen klaren Trennungsstrich notwendig. Wenn Küster den Ehrgeiz hat, eine neue sozialistische Partei zu gründen und dazu die Organisation der Deutschen Friedensgesellschaft als Plattform benutzt, dann ist es selbstverständlich, daß meiner Auffassung nach Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei zwischen sich und der Deutschen Friedensgesellschaft die Verbindung lösen müssen. Ich habe deshalb unterm 9. September 1931 meinen Austritt aus der Deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Erfurt, mit folgendem Schreiben erklärt:

„Erfurt, den 9. September 1931.

An die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Erfurt.

Werter Genosse Martin!

Von der Deutschen Friedensgesellschaft gehen Bestrebungen aus, eine neue sozialistische Partei zu gründen. Die „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“, die ihre Bekanntmachungen in der Zeitung „Das Andere Deutschland“ erläßt, ist als vorbereitende Stelle für diese Bestrebungen zu betrachten. Die Gründung einer neuen sozialistischen Partei ist eine Schädigung der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften. Ich bin nach dieser Arbeit der Deutschen Friedensgesellschaft nicht mehr in der Lage, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft bleiben zu können. Ich erkläre deshalb hiermit meinen Austritt.

Mit sozialistischem Gruß!

gez.: Gg. Dietrich.“

Wie notwendig dieser Trennungsstrich war, ergibt sich aus einem Aufruf der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“, veröffentlicht in der

Zeitung „Das Andere Deutschland“ am Sonnabend, den 12. September 1931. In diesem Aufruf werden die schwersten Angriffe auf die Sozialdemokratische Partei unternommen. U. a. heißt es dann in dem Aufruf:

„Es muß etwas geschehen . . . Wir rufen auf, mit uns mutig und hoffnungsfroh an die Schaffung einer neuen Gemeinschaft zu gehen . . .“

Mit diesem Aufruf wird für jeden klar und deutlich, um was es bei der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ geht, auch die Unterschriften, an deren Spitze Fritz Küster (Berlin) steht, besagen, was gespielt wird.

Für Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei ergeben sich aber meines Erachtens auf Grund des Aufrufes der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ vom 12. September 1931 der Deutschen Friedensgesellschaft gegenüber ganz bestimmte Konsequenzen. Der Austritt aus der Deutschen Friedensgesellschaft ist für ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei zur Selbstverständlichkeit geworden.“

Am 4. September 1931 beschloß der Parteivorstand :

„Am 26. Juli 1931 forderte der Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, der frühere Sozialdemokrat Küster, zu jener Zeit jedoch Mitglied der Kommunistischen Partei, auf einer Tagung der Deutschen Friedensgesellschaft in Hagen die Delegierten, soweit sie Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei wären, zu einer besonderen Besprechung auf. In dieser Zusammenkunft legte Herr Küster die Gründe für die Zusammenkunft dar. Ihr Zweck sei, „den Grundstein zu legen zu einer neuen Partei oder den Anschluß an ein neues radikales linksgerichtetes Gebilde zu suchen“. Das solle durch die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ geschehen.

Die Gründung dieser „Arbeitsgemeinschaft“ erfolgte auf jener Tagung. Es wurde ein Ausschuß von fünf Personen gewählt, der Zustimmungserklärungen sammeln und Verhandlungen mit nahestehenden Gruppen und Kreisen aufnehmen sollte.

In einem Zirkular, das die „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ am 7. August 1931 herausgab, teilte sie die Versendung von Werbeblocks mit und betonte: „Inzwischen werden wir Verhandlungen mit oppositionellen Gruppen aufnehmen . . .“

Die Zeitschrift „Das Andere Deutschland“, das Organ der Friedensgesellschaft, vom 29. August 1931 erklärt auf „mehrfache Anfragen“, daß der kommunistische Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft Fritz Küster an der Gründung der „Arbeitsgemeinschaft“ beteiligt sei.

In einem kleinen Parteiort haben infolge jener Aktion einige Parteigenossen den Austritt aus der Partei mit ihrem Beitritt zu der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ begründet. Aus alledem ergibt sich, daß es sich um eine gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtete Organisationsgründung handelt, die den Charakter einer kommunistischen Hilfsorganisation trägt.

Der Parteivorstand beschloß in seiner Sitzung vom 4. September

„Die Zugehörigkeit zur „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ ebenso jede Unterstützung dieser Organisation ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Rüster erklärte darauf in einer Berichtigung, daß er die Mitgliedschaft in der SPD. nicht erworben habe.

Weitere Quertreiberei und Spaltungsarbeit

„Der rote Kämpfer“ – „Sozialistische Information“ usw.

Der Bezirksvorstand für Ostfachsen teilt mit:

1. Betreffend den Genossen Helmut Wagner:

Genosse Helmut Wagner ist mehrere Jahre sehr stark als Referent besonders für Bildungskurse verwendet worden. Das hat schließlich im Bezirksvorstand Ostfachsen stärkste Kritik ausgelöst. Wagner benützte seine Vorträge zu einer zerschlagenden Kritik an der Partei. Der Bezirksvorstand Ostfachsen mußte daher schließlich beschließen, Helmut Wagner nicht mehr als Referenten zu vermitteln. Besonders nachteilig hat sich das Verhalten des Genossen Wagner in der Jugend geltend gemacht. Er war derjenige, der bei der Eingliederung der Jungsozialisten in die Partei den Widerstand der jungen Genossen organisierte. Die Art seines Auftretens, von der sich die Delegierten des Bezirksvorstandes selbst überzeugen konnten, war direkt parteischädigend. Als es sich darum handelte, ob neben den von der Partei gebildeten Ordnergruppen besondere Jungordnergruppen mit eigener Organisation und eigener politischer Beeinflussung geschaffen werden sollten, führte er gleichfalls die Opposition gegen die Partei. Das Verhalten Wagners auf der Tagung der Jungsozialisten in Leipzig, die vor dem letzten Parteitag stattfand, veranlaßte schließlich den Genossen Stein, nach Zeitungsberichten, zu der Feststellung, daß Wagner als Individualist kaum noch mit der Sozialdemokratie verbunden sei. Die prinzipielle Einstellung Wagners geht aus einer Polemik hervor, die er im „Klassenkampf“ bei der Besprechung eines Buches des Genossen Gurland geführt hat.

Eine in Leipzig erscheinende Wochenschrift „Sozialistische Tribüne“ hatte Wagner unterstellt, daß er mit dem Gedanken der Gründung einer neuen USF. spiele, und daß es eine „Rote-Kämpfer-Gruppe um Helmut Wagner“ gäbe. In einer Erklärung in der „Dresdner Volkszeitung“ vom 12. August 1931 hat das Helmut Wagner bestritten. Er

schreibt von „lügenhaften Behauptungen der kommunistischen Schreiber der Sozialistischen Tribüne.“ Aus dem Bericht des Genossen Wels in der letzten Parteiausschussitzung hat sich jedoch ergeben, daß Helmut Wagner tatsächlich an einer Konferenz der Oppositionsgruppen in der von der „Sozialistischen Tribüne“ behaupteten Art beteiligt war. Aus dem Vortrag des Genossen Gerlach über Vorkommnisse in Düsseldorf ging folgendes hervor: In ihrer Verärgerung, daß nur wenige Mitglieder der Partei nach dem Austritt der Frau Lorhorst die Austrittsbewegung mitgemacht hatten, denunzierten die Ausgetretenen die Herausgeber des „Roten Kämpfer“. Die fünf nunmehr entlarvten Genossen erklärten ihrerseits, daß die Genossen Dr. Fabian und Wagner zu den ständigen Mitarbeitern des „Roten Kämpfers“ gehörten. Helmut Wagner hat aber auf direkte Anfrage des Bezirksvorstandes Ostfachsen jede Verbindung mit dem „Roten Kämpfer“ geleugnet. Nunmehr findet sich in der letzten Nummer der kommunistischen Spaltungsschrift „Sozialistische Tribüne“ der beigelegte Artikel, der weitere Ausführungen überflüssig macht. Aus den vorgebrachten Tatsachen ergeben sich die Schlußfolgerungen von selbst.

2. Betreffend den Genossen Dr. Fabian:

Auch Genosse Dr. Fabian ist bis zum Vorjahre als Referent stark in Anspruch genommen worden. Der Bezirksvorstand hat das schließlich unterbunden. Gegen Fabian mußte wegen seines parteischädigenden Verhaltens ein Verfahren durchgeführt werden, das er selbst beantragt hatte. Es endete damit, daß Fabian eine scharfe Rüge ausgesprochen wurde. Er beschwerte sich beim Parteivorstand, der keinen Grund zur Aufhebung der Rüge fand. In der Zwischenzeit war Fabian u. a. für die Friedensgesellschaft in Pommern tätig. Nach Berichten der Genossen Dölkisch und Geiser, die einer Versammlung am Tage vor dem Volksentscheid in Preußen beiwohnten, lehnte es Fabian ausdrücklich ab, ein Wort gegen den Volksentscheid zu sagen. Die Herausgabe seiner Korrespondenz „Sozialistische Information“ veranlaßte den Bezirksvorstand Ostfachsen zu dem Beschluß, die Einstellung dieser Zeitschrift zu verlangen. Sie charakterisiert sich als ein sonderorganisiertes Organ zur unmittelbaren Beeinflussung der örtlichen Mitgliedschaft und als parteischädigend. Fabian hat die Einstellung seiner Zeitschrift abgelehnt. Die Nummer vom 25. Juli z. B., die vor dem Volksentscheid in Preußen herauskam, wurde von der Berliner „Roten Fahne“ für den Volksentscheid ausgebeutet. Sie enthält die schärfste Kritik an dem Verhalten der Genossen Severing und Grzesinski. Die Zustände in Preußen seien schlimmer als unter dem Zarismus.

Der Inhalt der „Sozialistischen Information“ ist schließlich partei-zerfetzend. Fabian vertritt den Standpunkt, daß eine fest geschlossene Opposition in der Partei tätig sein müsse. Sein Artikel vom 3. Mai „Bilanz für den Parteitag“ war so gehalten, daß ihn die „Arbeiterpolitik“, das Blatt der KPD., kommentarlos abdruckte. — In Nr. 6 seiner Zeitschrift schrieb er u. a.:

„Darum sagen wir in aller Offenheit: Wir wissen nicht, ob es uns gelingen wird, die Mehrheit der Partei, den Apparat der Partei umzustellen, ehe das Verhängnis hereinbricht. Aber wir wissen, daß wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, einen möglichst großen Teil sozialdemokratischer Arbeiter und Arbeiterinnen von der ungeheuren Gefahr zu überzeugen und mit ihnen für den richtigen Weg zu kämpfen. Auch eine entschlossene Minderheit in der Partei wird unter Umständen in der Stunde der Entscheidung stark genug sein, die deutsche Arbeiterbewegung vor einem zweiten 1914 zu bewahren.“

In einem Artikel vom 11. Juni „Was lehrt uns Leipzig?“ fordert Fabian, allen Widerständen zum Trotz eine wahrhaft marxistische Linke in der Partei zu bilden. Er schreibt:

„Nach unserem Eindruck hat mindestens ein Teil der oppositionellen Genossen zu sehr daran gedacht, auf dem Parteitag irgendwie ein paar Stimmen mehr für die Minderheit zu gewinnen, während es tatsächlich vor allem darauf ankam, mit unerbittlicher Deutlichkeit den Standpunkt der Linken zu formulieren und abzugrenzen.“

In einem Artikel vom 20. Juni bekämpft Genosse Fabian die führenden Genossen der Opposition nach dem Parteitag, „die gefährlichsten Selbsttäuschung verfallen sind“. Besonders bekämpft er Genossen Sendewitz, weil dieser von einem „weitgehenden Entgegenkommen an den Standpunkt der Parteilinken“ gesprochen habe. Er fordert die klare und eindeutige Formulierung und Abgrenzung der Auffassung der Parteilinken. Wörtlich schreibt er u. a.:

„Der innere Gegensatz zwischen den Grundätzen des Marxismus und der reformistischen Praxis, wie sie mindestens seit dem 4. August 1914 betrieben wird, kann wahrlich nicht durch eine Aenderung der Taktik überwunden werden. Dazu wird es ganz anderer Anstrengungen einer marxistischen Linken bedürfen. Anstrengungen, für deren Erfolg die beschleunigte, grundsätzliche Klärung innerhalb der Linken erste Voraussetzung ist.“

Durch alle Artikel zieht sich wie ein roter Faden die Forderung selbständiger Gruppenbildung in der Partei mit eigener geistiger und organisatorischer Arbeit. In der Nummer vom 20. Juni schreibt er unter der Ueberschrift „Bedauerlicher Beschluß“, daß der Parteitagbeschuß gegen den „Roten Kämpfer“ tief zu bedauern sei. — In der Nummer vom 1. August bringt er einen Artikel eines Genossen Gdancki aus dem polnischen Bund, der den Austritt aus der Zweiten Internationale fordert. Wörtlich heißt es:

„Die Opposition im Bund setzt aber keine Hoffnungen auf den linken Flügel in der Internationale, da er im Verhältnis zum reformistischen Teil, der beinahe 90 Proz. der Internationale umfaßt, außerordentlich schwach ist. Wir führen deshalb innerhalb unserer Partei den Kampf für unsere Auffassung des Austritts aus der Zweiten Internationale und des Wiederanschlusses an das Pariser Büro weiter.“

In Konsequenz dieser Einstellung bekämpfte es Fabian am 2. April, nachdem er die Abstimmung der 9 Reichstagsabgeordneten freudig begrüßt hat, daß sie in ihrem Handeln Konsequenz vermissen ließen. „Wo war der linke Flügel“, so fragt er, „bei der Geschäftsordnungsreform, bei den Zoll- und Etatermächtigungsgeetzen, bei der Reichstagsvertagung?“

„Warum haben die neun Genossen nicht allermindestens eine gemeinsame Erklärung über ihre Einstellung zu diesen Fragen veröffentlicht? Wie es jetzt aussieht, muß die Abstimmung gegen den Panzerkreuzer als einmaliger Seitensprung erscheinen. Wir aber wünschen, daß sie ein Signal sein möge für eine tapfere und grundsätzliche Orientierung der Parteilinken.“

Mit einem „einmaligen“ Seitensprung war Fabian also nicht gedielt.

Ferner fand am Dienstag, dem 22. September, an demselben Tage, an dem der Parteiausschuß gegen die sonderorganisatorischen Bestrebungen Stellung nahm, im Dresdener Volkshaus eine Sonderkonferenz statt, in der über die Organisation der Parteiopposition und die noch zu gründende neue Partei gesprochen wurde. Dabei wurde zu dem Programm der neuen Partei Stellung genommen. Der Entwurf ist von Helmut Wagner angefertigt worden und liegt dem Bezirksvorstand Ostsachsen vor. Die Konferenz wurde von einem Genossen Blazejack geleitet, und der bereits aus der Partei ausgeschlossene frühere Genosse Triebe-Freital hielt das Referat. Blazejack hat außerdem in Mitgliederversammlungen der Sozialistischen Arbeiterjugend trotz des Beschlusses des Parteitages noch am 24. Juni 1931 den „Roten Kämpfer“ in Versammlungen mitgebracht und verkauft. Helmut Wagner ist der Verfasser eines Programmentwurfs und Walter Fabian hat die Aufforderung, die „Sozialistische Information“ aufzugeben, an den Bezirksvorstand ablehnend beantwortet. Er hat sich dabei darauf gestützt, daß der in Ostsachsen als gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtete Inhalt der „Sozialistischen Information“ im ganzen Reiche verbreitet würde, und daß der Bezirksvorstand Ostsachsen deshalb gegen ihn keine Machtbefugnisse habe. Was für Ostsachsen schädigend ist, ist im Reiche bestimmt nicht förderlich für die Partei. Der Parteivorstand hat deshalb dem Antrag, die drei genannten Genossen aus der Partei auszuschließen, zugestimmt.

Spaltungsversuche bei der SAJ.

Die Sozialistische Arbeiterjugend ist in den letzten Monaten in besonders starkem Maße Gegenstand kommunistischer Zersetzungsversuche gewesen. Die Kommunisten arbeiten in der SAJ. unter dem Titel „SAJ.-Opposition“. Sie geben unter diesem Namen eine Zeitschrift heraus, sie veranstalten Konferenzen für die oppositionellen SAJ.-ler und sie delegieren vor allem in unsere Organisation Mitglieder der kommunistischen Jugend, die sogenannte radikale Auffassungen vertreten und die alle Möglichkeiten benutzen sollen, um die Organisation von innen her zu zersetzen.

Soweit diesen „Mitarbeitern“ ihre kommunistische Herkunft nachgewiesen werden kann, werden sie selbstverständlich ohne weiteres aus der Organisation ausgeschlossen.

Mit welcher Raffinesse die Kommunisten arbeiten, beweisen einige Fälle aus der letzten Zeit.

Die Bezirksleitung der SAJ. Leipzig mußte vor kurzem einen Heinz Mißlig wegen kommunistischer Spitzel- und Spaltungsarbeit ausschließen. Mißlig konnte nachgewiesen werden, daß er mit dem Bezirksleiter der Kommunistischen Jugend Leipzig, Heinz Stemmler, wiederholt Zusammenkünfte gehabt hat, dort wichtige organisatorische Dinge der SAJ. besprach und für seine Zersetzungsarbeit Anweisungen erhielt. Mißlig ist zur Ausführung dieser Aufgabe von Hamburg nach Leipzig geholt worden. Bei seiner Vernehmung vor dem Bezirksvorstand der SAJ. leugnete er seine Verbindung zur kommunistischen Jugend, und erst nach Gegenüberstellung mit anderen Mitgliedern der SAJ., die er für die kommunistische Spitzelarbeit gewinnen wollte, mußte er zugeben, daß die Beschuldigung zu Recht bestehe. Ein anderes Beispiel für die Bemühungen der Kommunisten um die Einheitsfront ist der Fall Gerst-Leipzig. Gerst war bis Dezember 1930 Mitglied der Kommunistischen Jugend Leipzig und trat Anfang 1931 zur SAJ. über. Er hat während seiner Mitgliedschaft in der SAJ. für die kommunistische Zeitung berichtet und hat sich auf Vorhaltungen geweigert, eine schriftliche Erklärung über seine Stellung zur SPD. und KPD. abzugeben; er wisse nicht, was er schreiben solle und bei dem schönen Wetter könne man von ihm so etwas nicht verlangen. Gerst wurde ausgeschlossen.

In Döbeln in Sachsen wird an die Funktionäre der SAJ. unter dem Titel „Sozialistische Tribüne, Diskussionsorgan der Arbeiteropposition in der SPD.“ ein Blatt verschickt, das offensichtlich von Kommunisten hergestellt wird und auch keinen anderen Zweck verfolgt, als innerhalb der SAJ. Verwirrungen anzurichten.

In Schwerin verschaffte sich ein auf Wanderung befindlicher Jugendllicher mit der Behauptung, er sei Mitglied der SAJ. Zutritt zu einem Heimabend und hielt am gleichen Abend eine Rede mit sehr „revolutionär“ sein sollenden Redewendungen. Am nächsten Tag bemühte er sich um unsere Führer der Ortsgruppe in Schwerin und machte dabei allerlei Versprechungen, aus denen hervorging, daß er nicht ohne Mittel war. Nachforschungen ergaben, daß er im Auftrage des kommunistischen Jugendverbandes die Ortsgruppe Schwerin mit seiner Spigelarbeit beglücken sollte, hier aber als Kommunist erkannt wurde.

In Gollnow in Pommern mußte der Bezirksvorstand der SAJ. kürzlich einen Teil der Mitglieder ausschließen, weil sie sich beharrlich weigerten, Beschlüsse unserer Reichskonferenz und des Leipziger Parteitags in der Frage Partei und Jugend anzuerkennen. Die Beilegung der Schwierigkeiten scheiterte an der Weigerung der Ausgeschlossenen, einige selbstverständliche Bedingungen über die Stellung der SAJ. zur Partei anzuerkennen. Die Ausgeschlossenen gründeten zunächst die Freie Arbeiterjugend. Ihr Führer, ein Artur Lübbe, versuchte aber, alsbald diese Freie Arbeiterjugend zum Anschluß an die Kommunisten zu bewegen. Jetzt liegt unserer Bezirksleitung ein Brief des kommunistischen Jugendverbandes an die Ortsgruppe der kommunistischen Jugend in Gollnow vor, mit dem eine formulierte Erklärung verschickt wird, die die Kommunisten von den SAJ.-Genossen unterschreiben lassen sollen. Es wird auf schnelle Erledigung gedrängt, damit die Liste möglichst bald in der „Jungen Garde“, der kommunistischen Jugendzeitschrift, veröffentlicht werden kann. Artur Lübbe wird als Verbindungsmann ausdrücklich genannt. Es ist also offensichtlich, daß auch hier wieder eine Nebenorganisation, wie die Freie Arbeiterjugend in Gollnow, eine rein kommunistische Zellenbildung ist. Im übrigen geht aus dem Brief der Kommunisten hervor, daß auch die an einzelnen Orten gebildeten Gruppen der „Roten Pfadfinder“ Gründungen des kommunistischen Jugendverbandes sind. Das Transparent „Nicht Arzt, sondern Totengräber am Kapitalismus wollen wir sein“, sollte auf dem Frankfurter Jugendtag nach dem Wunsch der Kommunisten von möglichst vielen Ortsgruppen der SAJ. mitgeführt werden. In einer Ortsgruppe in Hessen war es einem kommunistischen Spigel bereits gelungen, die Ortsgruppe zu der Herstellung eines solchen Transparents zu veranlassen. Die Mitführung scheiterte jedoch durch rechtzeitiges Einschreiten der Bezirksleitung.

Die Aufdeckung der Tätigkeit dieser kommunistischen Spigel und Spalter wird dadurch erschwert, daß neben diesen offenen kommunistischen Treibereien es innerhalb der SAJ. nicht an Versuchen fehlt, die Jugend für die taktischen Auseinandersetzungen

innerhalb der Partei zu gewinnen und auch ständig im Sinne einer bestimmten Richtung zu bearbeiten und zu gebrauchen.

Die Leute um den „Roten Kämpfer“ und um die Friedensgesellschaft haben schon Ende vorigen Jahres und Anfang dieses Jahres im Westen des Reichs planmäßig in diesem Sinne gearbeitet. Einer der eifrigsten Propagandisten für den „Roten Kämpfer“ war der Führer der Unterbezirksleitung der S.A. Bochum, Heinz Hoose. Hoose hat den Vertrieb des „Roten Kämpfers“ planmäßig organisiert; er stand außerdem im ständigen engsten Kontakt mit der Friedensgesellschaft. Man wollte ihn dafür gewinnen, die Auffassungen der Friedensgesellschaft in der Jugend der S.A. durchzusetzen. Hoose sympathisierte außerdem auch in öffentlichen Äußerungen stark mit den Kommunisten; er erklärte gegenüber Parteigenossen, daß er doch bald zu den Kommunisten gehen werde. In einer Wahlversammlung der Partei im Hannoverschen, in der auch Kommunisten und Nationalsozialisten anwesend waren, griff er die Partei unter dem Jubel der Kommunisten scharf an. Er weigerte sich, die Verbreitung des „Roten Kämpfers“ aufzugeben; er veranlaßte entgegen dem Beschluß der Gesamtorganisation die Bildung von Jungordnergruppen, und schließlich weigerte er sich, während des Ausschlußverfahrens gegen ihn die Funktion in der S.A. niederzulegen. Nach seinem Ausschluß aus der Partei versuchte er, den Unterbezirk Bochum für sich zu gewinnen. Er behielt das Vermögen des Unterbezirks und versuchte zunächst, sogar unter dem Namen des Verbandes, seine Arbeit fortzusetzen. Die Mitgliedschaft des Unterbezirks verweigerte ihm die Gefolgschaft, und er trat mit einer kleinen Gruppe zur Sozialistischen Proletarierjugend der Unabhängigen Sozialdemokratie über.

Eine ähnliche Rolle wie Hoose spielte ein gewisser Fritz Lamm in Stettin. Fritz Lamm ist Schüler, er trat der S.A. etwa vor zwei Jahren bei, bekam verhältnismäßig rasch die Führung in der Stettiner Organisation und gab dann eine eigene Zeitschrift heraus, die die Auffassungen des Verbandes in der schärfsten Weise kritisierte. Es kam zu wiederholten Konflikten zwischen der S.A. und der Partei in Stettin. Die Partei unternahm den Versuch, in einer Versammlung der S.A. und der Funktionäre der Partei die Meinungsverschiedenheiten zu klären. Der Genosse Ollenhauer war als Referent gewonnen worden. Die Versammlung endete damit, daß Lamm mit seinen Anhängern unter Absingen kommunistischer Lieder demonstrativ den Saal verließ. In einer Erklärung an die Parteiorganisation nach der Versammlung vertrat er die Auffassung, der Referent habe es von vornherein auf die Sprengung der Versammlung abgesehen. Lamm ist inzwischen im ordentlichen Ausschlußverfahren aus der Partei ausgeschlossen worden.

Von besonderer Bedeutung sind aber in diesem Zusammenhang die Vorgänge im Bezirk Niederrhein der S.A. Im Unterbezirk Wupperthal dieses Bezirks ist es zu Anfang dieses Jahres zu einem Konflikt zwischen dem Unterbezirk der Partei und dem Unterbezirk der Arbeiterjugend gekommen. Die Partei hatte gegen die beabsichtigte Wahl eines Genossen Funke zum zweiten Unterbezirksvorsitzenden Einspruch erhoben. Funke war im Februar dieses Jahres aus der Partei ausgetreten und wollte zu den Kommunisten gehen. Die kommunistische Presse hatte bereits in großer Aufmachung seinen Uebertritt zur kommunistischen Partei gemeldet. Auf Zureden des Parteivorsitzenden sah Funke jedoch vom Uebertritt zur kommunistischen Partei ab. Wenige Wochen später sollte Funke leitender Funktionär des Unterbezirks der Arbeiterjugend werden, und das veranlaßte die Partei zu ihrem Einspruch, da sie mit Recht die Auffassung vertrat, daß ein Genosse, der nicht genau weiß, ob er Kommunist oder Sozialdemokrat sei, unmöglich führender Funktionär der Sozialistischen Arbeiterjugend sein könne. Funke wurde trotzdem gewählt, und der Unterbezirksvorsitzende der S.A., Kettig, weigerte sich später, einen Beschluß der Partei, an Stelle des nunmehr auch offiziell nicht bestätigten Funke einen anderen Genossen zu wählen, auszuführen. Verschiedene Versuche der Partei, die Sache gütlich zu erledigen, scheiterten. So weigerte sich zum Beispiel die Mehrheit des Unterbezirks der S.A., an einer Versammlung teilzunehmen, in der nach einem Vortrag des Genossen Muenhauer über Partei und Jugend die Differenzpunkte besprochen werden sollten. Der Parteileitung blieb keine andere Möglichkeit, als nunmehr auch die Bestätigung für Kettig zurückzuziehen.

Die Bezirksleitung der Partei billigte die Haltung der Unterbezirksleitung der Partei, aber der Bezirksvorstand der S.A. beschloß mit Mehrheit, den Bezirksvorstand der Partei um Aufhebung der Beschlüsse gegen Kettig und Funke zu ersuchen, und außerdem brachte er zum Ausdruck, daß die Ausführungsbestimmungen des Reichsausschusses der S.A. und die Beschlüsse des Parteitags in Leipzig für den Bezirk Niederrhein nicht anerkannt würden. Der Hauptvorstand des Verbandes griff nunmehr in die Angelegenheit ein und beschloß nach Anhörung von Berichten der Bezirksvorsitzenden, der Genossin Grete Baumann, und des Bezirkssekretärs einstimmig, daß er den Beschluß der Parteileitung in Wupperthal als zu Recht bestehend anerkenne. Er forderte vom Bezirksvorstand der S.A. die gleiche Anerkennung und damit die Revidierung des ersten Beschlusses, der den Einspruch der Partei mißbilligt. Der Bezirksvorstand der S.A. Niederrhein beschloß mit drei gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung, dem Beschluß des Hauptvorstandes nicht Folge zu leisten, und der Hauptvorstand enthob daraufhin den Bezirksvorstand seiner Funktion und übernahm die

Leitung des Bezirks selbst. Er berief eine außerordentliche Bezirkskonferenz ein, die am Sonntag, dem 16. August, stattfand, und in der die Neuwahl des Bezirksvorstandes erfolgte. Auf dieser Konferenz waren von 28 Ortsgruppen 25 vertreten. Eine Feststellung des Mitgliederstandes nach den Auseinandersetzungen ergab, daß der Bezirk durch diese Vorgänge einen Mitgliederverlust von etwa 150 gehabt hat, daß also die Organisation in allen ihren Teilen völlig intakt geblieben ist. Die Führer der Opposition gegen die Verbands- und Parteitagbeschlüsse sind nach der Enthebung von ihren Funktionen inzwischen dazu übergegangen, eine Freie Sozialistische Jugend zu gründen, die ebenfalls anscheinend aber nur als Uebergangsgruppe zu den Kommunisten gedacht ist, denn die maßgebenden Führer dieser Oppositionsbewegung in Wupperthal und auch die frühere Bezirksvorsitzende Baumann sind inzwischen offiziell zur Kommunistischen Jugend übertreten. Es ist in dem Fall nicht der Beweis erbracht, daß hier von vornherein in kommunistischem Auftrag gearbeitet wurde, aber der Verlauf der Dinge hat erneut bewiesen, welche große Gefahr jede richtungsmäßige Zusammenfassung der Jugend innerhalb unserer Organisation für die Arbeit der Organisation bedeutet.

In welchem Maße die ständige Kritik an der Partei und insbesondere an den organisatorischen Einrichtungen der Partei und die Opposition um jeden Preis dazu führt, bei jungen Menschen die einfachsten Begriffe von Disziplin, Treue und Zuverlässigkeit zu erschüttern, dafür ist schließlich noch der Fall Gau ein deutlicher Beweis. Gau war Angestellter des Arbeiterjugend-Verlags und hatte den Vertrieb der Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ zu besorgen. In dieser Funktion stand ihm das gesamte Adressenmaterial der Organisation zur Verfügung, und er besorgte von diesem Material der Freien Verlagsgesellschaft in Berlin-Tempelhof Abschriften, ohne die Organisationsleitung vorher zu befragen oder auch nur zu verständigen. Als Gau wegen dieses Verhaltens zur Rede gestellt wurde, leugnete er zunächst, und erst, nachdem ihm die Beweisstücke für seine Handlungen vorgelegt wurden, gab er zu, der Freien Verlagsgesellschaft das Adressenmaterial besorgt zu haben. Gau wurde sofort aus seiner Stellung entlassen. Bei der Vernehmung vor dem Bezirksvorstand der Berliner Partei weigerte sich Gau außerdem, die Namen derjenigen zu nennen, mit deren Wissen oder auf deren Veranlassung er die Abschriften des Adressenmaterials besorgt hatte.

Inzwischen ist Erich Gau in der „Fackel“ als Vertrauensmann für den Bezirk Berlin-Schöneberg benannt worden.

Damit ist die enge Verbindung zwischen ihm und der „Freien Verlagsgesellschaft“ erneut bewiesen.

Die Verbindung mit der KPD.

Der Kommunistischen Partei ist es bisher nicht gelungen, trotz der für sie so außerordentlich günstigen wirtschaftlichen und politischen Situation größere Massen der Arbeiterschaft neu für ihre Organisation zu gewinnen. Die Mitgliederzahl der kommunistischen Presse bewegt sich nach den Berichten der leitenden Instanzen auf absteigender Linie, in den Organisationen herrscht eine ungeheure Fluktuation. Die Hoffnung der kommunistischen Parteileitung, daß es gelingen werde, der Sozialdemokratischen Partei nennenswerten Abbruch zu tun, ist nicht in Erfüllung gegangen. Das wird in einem Rundschreiben der kommunistischen Zentrale vom September selbst zugegeben.

„Doch ist es der Partei nicht gelungen, in breiterem Rahmen an die S.P.D.-Arbeiter unmittelbar heranzukommen, um sie für uns zu gewinnen. ... Es zeigen sich als Hauptfehler und Schwächen der Partei: nicht genügender Einfluß in den Betrieben, nicht genügender Einfluß in den Gewerkschaften, sektiererische Einstellungen der Mitglieder den S.P.D.-Arbeitern, den Zentrumsarbeitern und Parteilosern gegenüber. Unlust zur ideologischen Auseinandersetzung und kameradschaftlichem Verhalten zu andersgefinnten Arbeitern.“

Mit welchen Methoden sucht die Kommunistische Partei auf die Arbeiter in der Sozialdemokratie und die ihr nahestehenden Organisationen Einfluß zu gewinnen? Bei den Gewerkschaften haben die Kommunisten organisatorisch ausgespielt, durch die KPD. wollen sie jetzt die Gewerkschaften von außen her zertrümmern. Nach der Reinigung der Arbeiter-Turn- und Sportbundes von den kommunistischen Zellenbauern haben diese eine eigene Sportorganisation geschaffen. Bei den Freidenkern ist eine ähnliche Entwicklung vor sich gegangen.

Die Spaltungsversuche der Kommunistischen Partei bei der Sozialdemokratie erstreckten sich einmal auf die agitatorische Ausbeutung der Meinungsäußerungen der „Opposition“ in der Sozialdemokratischen Partei, zum andern durch die direkte Entsendung von Spitzeln in sozialdemokratische Organisationen, denen die Aufgabe zufiel, Zellen in der Partei zu bilden und auf diese Weise größere Massen von Parteimitgliedern für den Uebertritt zur Kommunistischen Partei reif zu machen. Häufig ist es schwer festzustellen gewesen, wer zu einer kommunistischen Spitzelgruppe, wer zur sozialdemokratischen „Opposition“ gehörte. Mag die Verbindung von den „Oppositionellen“ her zumeist auch unbenutzt hergestellt worden sein, so ist doch in anderen Fällen auch erwiesen, daß organisierte Sozialdemokraten sich bewußt mit Spitzeln der Kommunistischen Partei zum Zwecke der Zerschlagung der Sozial-

demokratischen Partei verbunden haben. Das war vor allem der Fall bei dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dettinghaus, der in engster Fühlung mit den kommunistischen Herausgebern des „Roten Kämpfers“ in Westdeutschland gestanden hat. Weiter ist es auch erwiesen, daß die Beigeordnete Frau Torhorst in Düsseldorf Verbindungen mit der kommunistischen Partei aufrechterhalten hat; ihren Uebertritt vollzog sie jedoch erst zu einer Zeit, als ihr von der Düsseldorfer Stadtverwaltung der Pensionsbezug von 10 000 M. gesichert war. Eine ähnliche Verbindung ist in Luckenwalde festgestellt worden.

Vereinigungen von „oppositionellen“ Sozialdemokraten wurden gebildet in Westdeutschland, Sachsen und Berlin. In Westdeutschland erschien der „Rote Kämpfer“, in Sachsen die „Sozialistische Tribüne“, herausgegeben von Walter Dörnberg in Leipzig, in Berlin der „Sozialistische Kämpfer“, als dessen Herausgeber Jakob Heinen zeichnet. Soweit den Organisationen die Namen der Mitarbeiter und Verbreiter dieser Spaltungsorgane bekannt geworden sind, sind sie aus der Partei ausgeschlossen worden oder sie haben von selbst ihren Austritt erklärt, um dem Ausschluß zuvorzukommen.

Mit welchen Methoden die kommunistische Partei arbeitet, zeigt folgendes Beispiel. In Berlin erhielten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei vorher ausgeschrieben Mitgliedsbücher der K P D., denen bereits drei Beitragsmarken beilagen. Begleitet waren die Mitgliedsbücher mit Schreiben folgenden Inhalts:

„Hiermit senden wir Ihnen ein Mitgliedsbuch kostenlos zu mit drei Beitragsmarken, und hoffen, daß Sie bald in unseren Reihen ein tüchtiger Kämpfer werden.

Mit Parteigruß

i. U.: (folgt Name) Rotfront.“

Der Erfolg dieser kommunistischen Werbearbeit bestand darin, daß die mit den kommunistischen Freimarken bedachten Parteigenossen die kommunistischen Mitgliedsbücher nebst Marken ihrer Organisation übergaben.

Die Gruppe Sendewitz, Rosenfeld, Ströbel

Die Gruppe der „Opposition“, an deren Spitze die Reichstagsabgeordneten Sendewitz, Dr. Rosenfeld und Ströbel stehen, begründen allgemein ihr Vorgehen mit der Behauptung, daß sie sich schützend vor die Meinungsfreiheit in der sozialdemokratischen Partei stellen wollen. Demgegenüber ist zuerst festzustellen, daß es keine andere

Partei, keine andere politische Bewegung gibt, in der jede Meinung so ungehindert geäußert werden kann wie in der Sozialdemokratischen Partei. Wir haben nicht nur eine Reihe von privaten Zeitschriften, in denen kritisch zu den Problemen des Sozialismus und der Parteitaktik Stellung genommen wird; die Partei selbst hat das wissenschaftliche Organ „Die Gesellschaft“ und die Wochenschrift „Das Freie Wort“, in denen volle Meinungsfreiheit herrscht, soweit sie sich im Rahmen der Parteigrundsätze hält. Gerade „Das Freie Wort“ ist ein lebendiger Beweis dafür, wie hoch der Parteivorstand und die Gesamtpartei die Meinungsfreiheit einschätzen. Das Organ ist auf Antrag des Parteivorstandes auf dem Magdeburger Parteitag im Jahre 1929 geschaffen worden, es geht keine Nummer ins Land, in der nicht zuweilen sehr scharfe Kritik an Einzelheiten oder der Gesamtheit der sozialdemokratischen Politik geübt wird.

Niemals ist gegen die von „oppositionellen“ Parteigenossen herausgegebenen Veröffentlichungen Einspruch erhoben worden. Als der leider zu früh verstorbene Genosse Paul Levi jahrelang eine Korrespondenz herausgab und darin die von der Parteimehrheit beschlossene Taktik stets scharf kritisierte, hat der Parteivorstand keinen Einspruch erhoben. Aus der Korrespondenz entwickelte sich der „Klassenkampf“, als deren Herausgeber Kurt Rosenfeld, Max Sendewitz und Heinrich Ströbel zeichnen. Es mag hier bemerkt werden, daß zu den Theoretikern der „Opposition“ der Genosse Max Adler aus Wien gehört, der in der österreichischen Sozialdemokratie keine Rolle spielen kann und wohl deshalb sein literarisches Betätigungsfeld nach Deutschland verlegt hat.

Die Führer der „Opposition“ hatten aber nicht nur volle Freiheit der Meinungsäußerung in den von ihnen herausgegebenen periodischen Druckschriften. Ihnen standen als leitende Redakteure auch mehrere Tageszeitungen zur Verfügung. Sie haben in ihren Blättern von dem Recht der freien Meinungsäußerung stets ausreichend Gebrauch gemacht, wobei es auch häufig vorkam, daß die Meinung der gewaltigen Mehrheit der Partei den Lesern weniger ausführlich unterbreitet wurde. Zur Äußerung ihrer Meinung hatte die „Opposition“ aber auch in den Organisationen der Partei unbeschränkte Möglichkeit. Schließlich ist noch festzustellen, daß die Führer der „Opposition“ zumeist Reichstagsabgeordnete waren, denen in den Sitzungen der Fraktion uneingeschränkt die Gelegenheit gegeben war, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Das ist auch stets in ausführlicher Weise geschehen. Allerdings haben sich die „oppositionellen“ Abgeordneten zumeist darauf beschränkt, die Politik der Fraktionsmehrheit zu kritisieren.

Diese Situation änderte sich mit einem Schlage, als die Herausgeber des „Klassenkampfes“, Max Adler, Kurt Rosenfeld, Max Senderwiz und Heinrich Ströbel, im 13. Heft vom 1. Juli 1931 einen „Mahnruf an die Partei“ veröffentlichten. Darin wurde der Fraktionsbeschuß vom 16. Juni, auf die Einberufung des Reichstags und des Hauptausschusses zu verzichten und durch Verhandlungen mit der Regierung Brüning eine Milderung der Härten in der Notverordnung vom 5. Juni zu erreichen, als falsch und gefährlich bezeichnet. Dieser Beschuß war mit großer Mehrheit gefaßt worden, und die demokratische Disziplin und die kameradschaftliche Gesinnung, die gerade von dem Wortführer der „Opposition“ so häufig betont werden, hätte es erfordert, daß die Minderheit sich diesem Beschuß fügte. Im „Mahnruf“ dagegen heißt es, daß „die Verantwortung für ihn und seine Folgen“ abgelehnt wird. Weiter hieß es darin:

„Die Partei muß jetzt den Kampf um die Macht mit allen Mitteln unter die sozialistischen Losungen aufnehmen und den nach Hoffnung hungernden Massen den Sozialismus als einzige mögliche Rettung aus dieser Krise zeigen.“

Es hat nicht erst dieses „Mahnrufs“ bedurft, damit die Sozialdemokratische Partei den Kampf für den Sozialismus führe. Den Unterzeichnern des „Mahnrufs“ war bekannt, daß das Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei nichts anderes als das glühende Bekenntnis zum Sozialismus ist und daß in unzähligen Artikeln, Broschüren und Reden den Massen gesagt wurde, daß nur der Sozialismus den Ausweg aus der Krise zeige.

Der „Mahnruf“ schließt mit folgender Aufforderung:

„Genossen, Genossinnen, die diesen notwendigen Mahnruf unterstützen, bitten wir um Zustimmungserklärung.“

Diese Aufforderung konnte nicht anders aufgefaßt werden als die zentralisierte Sammlung von Adressen der „Opposition“, die zur Aufrichtung einer Sonderorganisation in der Sozialdemokratischen Partei benutzt werden sollten. Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschäftigte sich am 14. Juli nach stundenlanger Aussprache mit dem Mahnruf und nahm mit allen gegen zwei Stimmen eine Entschliebung an. (Siehe 1. Beschuß des Parteiausschusses S. 5.)

Der „Mahnruf“ ist von den Mitarbeitern des „Klassenkampfes“ selbst als Versuch bezeichnet worden, innerhalb der Partei eine Sonderorganisation der „Opposition“ zu schaffen. Die Laubische Verlagsbuchhandlung veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, daß sie sich bisher jeden Eingriffs in die Redaktion der Zeitschrift enthalten habe. Die Erklärung fährt fort:

„Der in Nr. 13 der Zeitschrift der ‚Klassenkampf‘ erschienene ‚Mahnruf an die Partei‘ bringt aber die Gefahr mit sich, daß der gemeinsame Boden verlassen werde, worauf der Meinungskampf innerhalb der Partei geführt werden muß. Die E. Laubsche Verlagsbuchhandlung GmbH. hält es deshalb für ihre Pflicht, hiermit bekanntzugeben, daß die Genossen, die die Inhaber des Verlages sind, die politische Verantwortung für den ‚Mahnruf an die Partei‘ nicht übernehmen.“

Der bisherige sozialpolitische Mitarbeiter des „Klassenkampfs“, Genosse Dr. Fritz Croner, richtete am 4. Juli 1931 an den Genossen Sendewitz das folgende Schreiben:

Lieber Genosse Sendewitz,

ich muß Sie bitten, die Bearbeitung der Sozialpolitischen Umschau in Zukunft einem anderen Genossen zu übertragen.

Ich habe in den Monaten nach dem 14. September 1930 die Haltung des „Klassenkampfes“ zu den Fragen der Parteitaktik mit steigender Verwunderung, ja Bestürzung mit angesehen. Ich spreche dabei gar nicht von der Haltung des „Klassenkampfes“ zur Gewerkschaftstaktik, wie sie in einigen Aufsätzen zum Ausdruck kam. Wir haben uns darüber bereits einmal unterhalten, ohne offenbar zu einer Verständigung gelangt zu sein. Ich habe es aber für unerträglich gehalten, daß der „Klassenkampf“ seine Aufgabe als Blatt der Opposition darin gesehen hat, die außerordentliche Gefahr einer offenen faschistischen Machtergreifung in den Augen der Arbeiterschaft systematisch zu verkleinern. Der „Klassenkampf“ ist vor lauter „Opposition“ gegen die heutige Parteiführung nicht dazu gekommen, die große historische Leistung der Partei, nämlich die durch unsere Taktik erzwungene Legalisierung und Enttarnung der Nazi-Bewegung, zu erkennen, geschweige denn anzuerkennen. Ich bin nicht der Auffassung, daß es die Aufgabe einer Opposition in der Sozialdemokratie ist, gegen die taktische Linie der Partei zu sein, nur weil es die taktische Linie der Parteimehrheit ist. Ich meine, daß die Opposition mehr als genug sachliches Material für die Formulierung ihres Standpunktes hat und es nicht nötig hat, Richtiges falsch und Falsches richtig zu finden, nur weil sie sonst an einem Punkt einmal keine Differenzen mit der Parteimehrheit finden kann.

Die Entscheidung der Fraktion zur zweiten Notverordnung halte ich ebenso wie Sie für falsch. Ich halte es aber für unzulässig, die Dinge so darzustellen, als ob für die so schnell veränderte Haltung der Fraktion keine andere Erklärung zu finden sei als eben der Wunsch, wieder einmal umzufallen. Mit solcher Darstellung entwertet der „Klassenkampf“ den eigenen Standpunkt in den Augen aller, die wissen, was sich tatsächlich ereignet hat. Es wäre die Aufgabe jeder wirklichen Opposition, die Argumente der Mehrheit, insbesondere die scharfe Zuspitzung der finanziellen Lage, mit dem ganzen Schwergewicht, daß sie verdienen, darzustellen, und denen eigenen abweichenden Standpunkt unter Würdigung der Argumente der Mehrheit darzulegen. So zu tun, als ob die anderen nur Schwachköpfe und Schwächlinge seien, die auf jeden Kogl hereinfallen, ist im besten Falle töricht.

Für undiskutabel und für unverantwortlich in der gegenwärtigen Situation halte ich den Schritt, den der „Klassenkampf“ mit dem „Mahnruf an die Partei“ unternommen hat. Ich verstehe zunächst nicht, wie ein Mitglied der Sozialdemokratie, solange es eben noch Mitglied der Partei ist, die „Verantwortung für einen Beschluß und seine Folgen“ ablehnen kann, den die Partei gefaßt hat — und mag das Parteimitglied den Beschluß für noch so falsch und gefährlich halten. Ich verstehe vor allem nicht, wie man in der heutigen Situation, die wie keine zuvor das ganze Unglück der proletarischen Parteispaltungen enthüllt, auch nur einen Augenblick mit dem Gedanken einer nochmaligen Spaltung der Sozialdemokratie spielen kann. Der „Klassenkampf“ spielt aber nicht nur mit dem Gedanken, er schafft ja bereits die organisatorischen Grundlagen für die Zerreißung der Partei, wenn er die Parteimitglieder, die er nur sehr unvollständig unterrichtet hat, um Zustimmungserklärungen für seinen „notwendigen“ Mahnruf ersucht. Ich werde mich gegen dieses unüberlegte Vorgehen der Herausgeber des „Klassenkampfes“, das ja nicht nur die Einheit der Partei, sondern auch die Einheit der Gewerkschaften aufs Spiel setzt, mit aller Leidenschaft zur Wehr setzen. Ich bin mit aller Entschiedenheit für eine Aenderung des Parteikurses. Niemand aber darf wagen, die Partei zu zerreißen, weil er mit den Beschlüssen der Parteimehrheit nicht einverstanden ist.

Am Ende Ihres Aufsatzes, der hinter dem Mahnruf abgedruckt ist, steht der Satz: „Alle Quertreibereien und alle Sonderaktionen schaffen nur Verwirrungen, die der Sache der Arbeiterklasse schaden und die jetzt mehr denn je zurückgewiesen werden müssen.“ Es entzieht sich meinem Verständnis, wie Sie diesen Satz schreiben und gleichzeitig den „Mahnruf“ unterschreiben konnten. Ich hoffe aber, Sie werden mich verstehen, wenn ich aus den Gründen, die Sie in dem Schlußsatz Ihres Aufsatzes niedergelegt haben, die weitere Mitarbeit am „Klassenkampf“ ablehnen muß.

Mit Parteigruß!

Fritz Croner.

Ueber die Wirkung des „Mahnrufs“ ist folgendes zu sagen: In Aachen traten zwei Betriebsratsmitglieder der Nadelfabrik Lammers zur R.P.D. über. Der eine von ihnen hat auf Grund des „Mahnrufs“ an Seydewitz einen Brief geschrieben, in dem er bittet, es nunmehr nicht bei Halbheiten bewenden zu lassen, sondern jetzt ganze Arbeit zu machen und — wie sie es getan hätten — zur R.P.D. überzutreten.

In Hamburg gingen Anhänger der Gruppe Seydewitz-Rosenfeld mit Unterschriftenlisten für den „Mahnruf“ in den Betrieben und Dienststellen herum und forderten die Parteigenossen auf, sich einzuzusprechen.

In der Gegend von Saalfeld hat man Unterschriftenlisten in den Parteiversammlungen zirkulieren lassen.

Im Hagener Bezirk, in dem Dettlinghaus eine führende Rolle spielte, hat sich eine Anzahl Ortsgruppen der Partei nach dem Erscheinen des „Mahnrufs“ geweigert, Flugblätter für die Partei auszutragen und sonstige Parteiarbeit zu leisten.

Der „Dortmunder Generalanzeiger“, der im Sinne der Friedensministeriums an der Unterminierung der Partei arbeitet, druckte mit begeisterter Zustimmung das „Manifest der Parteiopposition“ ab.

In Breslau wurde in einer Versammlung der „Mahnruf“ als Beschluß angenommen; es gelang auch, mehrere hundert Unterschriften durch Sammlung zu gewinnen.

In Arnstadt und anderen Orten Thüringens suchte man den Eindruck zu erwecken, als ob der Parteivorstand aus Anlaß des „Mahnrufs“ die „Opposition“ mit organisatorischen Maßnahmen mundtot machen wolle.

Das sind nur wenige Beispiele aus dem reichen Material, das über die Sammlung von Unterschriften zum „Mahnruf“ und ihren Mißbrauch zum Aufbau einer organisierten „Opposition“ vorliegt.

Im Anschluß an den „Klassenkampf“ ist von den Genossen Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld erst die „Marxistische Büchergemeinde“, dann die „Freie Verlagsgesellschaft“ gegründet worden. Das Stammkapital für die G. m. b. H. betrug 20 000 Mk. Genosse Seydewitz gab als Wohnsitz Berlin-Britz und Zwickau an. Seine dreifache Belastung als Chefredakteur des „Sächsischen Volksblattes“ in Zwickau, als Vorsitzender für die Parteiorganisation des Bezirks Zwickau-Plauen, und als Reichstagsabgeordneter ließ ihm immer noch soviel Zeit übrig, um eine umfangreiche propagandistische Tätigkeit für die Opposition im ganzen Reich zu betreiben und daneben noch für den „Klassenkampf“, die Marxistische Büchergemeinde, die Freie Verlagsgesellschaft und die „Fackel“ geschäftlich und schriftstellerisch zu wirken.

Am 18. November 1930 hat der zuständige Registrar die Industrie- und Handelskammer Berlin mit einer Prüfung der Verhältnisse der Marxistischen Büchergemeinde m. b. H. beauftragt. Im Bericht der Handelskammer vom 6. Dezember 1930 heißt es:

„Die Gesellschaft hat uns folgende Angaben gemacht: Es ist geplant, Mitglieder oder Abonnenten zu werben und zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen, um gegen einen festgesetzten Monatsbeitrag alle Mitglieder pro ein Vierteljahr mit einem Buch ‚marxistisch-sozialistischer‘ Inhalts zu beliefern, ähnlich wie es die Deutsche Buchgemeinschaft GmbH. ebenfalls betreibt.“

Der Registerrichter verneinte auf Grund des Berichts der Handelskammer. Das Vorliegen der Voraussetzungen, unter denen der Firmenzusatz „Gemeinde“ zulässig sei. Daraufhin erklärte der Notar Riegner, Sozius des Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, daß die Kunden der G. m. b. H. das gemeinsame Interesse hätten, daß diese margistische Literatur in möglichst viele Hände komme, „denn eine gemeinsame wissenschaftliche und politische Ueberzeugung vereint sie zu einem in bestimmter Weise eingestellten Kreise“... Riegner fährt dann fort:

„Die Margistische Büchergemeinde beabsichtigt übrigens den Gegenstand ihres Unternehmens noch zu erweitern und zwar darin, daß sie durch Vorträge für ihren Interessentenkreis die von ihr propagierte Deutung des Margismus verbreiten will.“

Da der Registerrichter auf seiner Ablehnung des Zusatzes „Gemeinde“ beharrte, wurde am 23. März 1931 von Notar Riegner der Firmennamen berichtigt in „Margistische Verlags-G. m. b. H.“. Unter dieser Firma ist die Gesellschaft in das Berliner Handelsregister eingetragen worden.

Durch den gleichen Notar ist am 7. Juli 1931 eine neue Nennung der Firma mitgeteilt worden, und zwar heißt sie jetzt „Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.“ in Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorslo 67. Diese Gesellschaft gibt seit Anfang September eine Wochenzeitung heraus, die den Titel „Die Fackel“ führt. Für die nächste Zeit ist die Umwandlung in eine Tageszeitung beabsichtigt; es ist auch die Herausgabe von Kopfbältern für die einzelnen Bezirke (so für Zwickau, Breslau) geplant. Für den „Kommissionsdruck“ zeichnet Josef Ernst (Syndikus der deutschen Buchmacher), als Adresse wird Berlin-Tempelhof angegeben. In Wirklichkeit wird das Blatt in der Königschen Druckerei in Berlin, Magazinstraße, gedruckt, die mehrere Sportblätter herausgibt und auch die Herstellung der neuen Münzenbergischen kommunistischen Montagszeitung übernommen hat. Josef Ernst war früher Reichstagsabgeordneter der U.S.P., in den letzten Jahren hat er eine führende Rolle in den deutschen Buchmacherverbänden gespielt, daraus ergibt sich die Verbindung mit der Königschen Druckerei. Zu bemerken ist, daß Josef Ernst vor einiger Zeit der Berliner Bezirksorganisation das Angebot gemacht hat, den Druck der von ihr geplanten lokalen Zeitung zu übernehmen. Das ist von unseren Berliner Genossen aus begrifflichen Gründen abgelehnt worden.

Schon die Ankündigung der neuen Zeitung zeigt den Geist der Parteifeindschaft, von dem die Herausgeber beseelt sind.

In der ersten Nummer der „Fackel“ war eine „Geburtsanzeige“ enthalten, in der es hieß:

GEBURTS- ANZEIGE!

Heute wurde als Sprößling der deutschen Zensurfreiheit und der Leipziger Demokratie in Berlin

die sozialistische Wochenzeitung **SWZ „Die Fackel“**

in die Welt gesetzt. Gleichzeitig beehren wir uns mitzuteilen, daß wir für den neuen Erdenbürger den zweiten Mann zur Werbung und evtl. Eheschließung suchen. Auch der dritte Mann und weitere können sich bereits melden. =====

Freie Verlagsgesellschaft.

=====

(Man beachte den giftigen Hohn und Spott gegen die Partei in diesem Inserat.)

Damit hat „Die Fackel“ ihren wahren Charakter gezeigt, wenn auch Genosse Kurt Rosenfeld diese Äußerung später als einen Witz bezeichnete. Es ergibt sich daraus, daß „Die Fackel“, ihre Herausgeber und Mitarbeiter sich gegen die Beschlüsse wenden wollen, die der Parteitag in Leipzig gefaßt hat. Aus der Nummer 2 der „Fackel“ ist dann zu ersehen, daß bereits ein bestimmter Organisationsapparat für ihre Verbreitung vorhanden sein muß. Sie berichtet über die Aufnahme der Nummer 1 und drückt Stimmen ab, die aus allen Teilen des Reiches kommen. Damit ergibt sich, daß „Die Fackel“ auf Grund eines bestimmten Adressenapparates verbreitet wird, und daraus ergeben sich weiter die Ziele dieser Zeitung.

Der Verlag hat sich wiederholt auf eine Weise in den Besitz von Adressen gesetzt, die man sonst in der Partei als unlauter bezeichnet. Es ist beispielsweise festgestellt worden, daß ein Angestellter des Arbeiterjugendverlages die ihm durch seine Tätigkeit in der Organisation bekannt gewordenen Adressen abschrieb und an den Verlag der „Fackel“ weitergab. Weiter hat der Verlagsleiter der „Fackel“ mit den von der Inseraten-Union, einer gemeinsamen Einrichtung der Parteizeitungen, bezahlten Werbevertretern wegen Übernahme von Vertretungen für die Roten Bücher und „Die Fackel“ verhandelt.

Die Freie Verlagsgesellschaft versandte folgendes **R u n d s c h r e i b e n** an die ihr bekanntgegebenen Adressen:

Freie Verlagsgesellschaft

Lieber Genosse!

Immer wieder ist der Wunsch geäußert worden, der besseren und schnelleren Orientierung wegen den „Klassenkampf“ wöchentlich erscheinen zu lassen. Vielerlei Gründe verhinderten die Erfüllung dieser Wünsche, die mit der Verschärfung der politischen Situation immer dringender wurden. Auch jetzt wollen wir am „Klassenkampf“ nichts ändern; er soll weiter als Zeitschrift halbmonatlich erscheinen, aber mehr der grundsätzlichen Erörterung und der Diskussion wichtiger theoretischer Fragen dienen.

Um aber die berechtigten Wünsche einer schnelleren Orientierung über die politische Lage zu erfüllen, soll jetzt eine Wochenzeitung erscheinen. Diese Wochenzeitung heißt:

„Die Fackel“,

„Sozialistische Wochenzeitung“

Gegen Nationalismus! Gegen Kultureaktion!

Sie erscheint erstmalig am 4. September 1931.

„Die Fackel“ soll in 10 000 Exemplaren vertrieben werden und den politischen Wirkungskreis des „Klassenkampf“ schneller erweitern, als es mit der Halbmonatsschrift möglich war. Die in unzähligen Briefen in der letzten Zeit an uns herangetretenen Wünsche bezüglich politischer und wirtschaftlicher Information, Stellungnahme zu den verschiedensten Vorkommnissen sollen nunmehr erfüllt werden. Wir erwarten daher auch, daß alle unsere bisherigen Freunde uns dabei helfen, daß „Die Fackel“ die weiteste Verbreitung findet und regelmäßig in allen Teilen Deutschlands gelesen wird.

Wir bitten, uns bis zum 1. September mitzuteilen, wieviel Exemplare Du 1. für Abonnenten und 2. in Kommission (zum freien Verkauf) brauchen wirst. Es ist notwendig, daß die Bestellung uns umgehend zugeht, da ein nicht unwesentlicher Teil unserer Kalkulation darauf beruht, daß wir schon bei der ersten Nummer durch Mithilfe aller unserer bisherigen Freunde einen festen und recht großen Abnehmerkreis haben. Die Bezugsbedingungen und Vertriebsregeln findest Du in beiliegendem Merkblatt; außerdem fügen wir einen Bestellschein bei.

Die bisherige Verlagsbezeichnung „Marxistische Verlagsgesellschaft“ ist in die „Freie Verlagsgesellschaft“ umgewandelt worden. Wir bitten die neue Anschrift zu beachten.

Freundschaft. „Freie Verlagsgesellschaft.“

Wie der Vertrieb der „Fackel“ organisiert ist, ergibt sich aus dem vom Verlag herausgegebenen

Merkblatt

für Vertriebsobleute der Wochenzeitung „Die Fackel“.

- 1. Verteilung:** Die Zeitung wird Donnerstag nacht von Berlin zum Versand gebracht, damit sie am Freitag am Bestimmungsort ist und an die Vertriebsobleute (Kolporteure) weitergeleitet werden kann. Die Sendungen müssen also in der Regel (auf Wunsch erfolgt die Zustellung auch direkt) rechtzeitig in den ersten Vormittagsstunden von der Bahnpost abgeholt und verteilt werden, damit „Die Fackel“ möglichst noch am Freitag in die Hände des Lesers gelangt und in ihrer Aktualität der Tagespresse nicht nachsteht.
- 2. Bezug:** Bestellungen sind möglichst auf den vom Verlag herausgegebenen Formularen vorzunehmen, ebenso die Abrechnungen. In allen Orten, in denen mehrere Vertriebsobleute tätig sind, soll der Bezug und die Abrechnung zentralisiert werden, indem einer der Obleute die Abholung der Zeitungsexemplare und deren Verteilung auf die anderen Obleute übernimmt und mit diesem auch die Abrechnung durchführt. Dieser Hauptvertriebsobmann übernimmt also auch die Korrespondenz mit dem Verlag.
- 3. Bezugsbedingungen:** Die Zeitung kostet im Umfang von 8 Seiten 15 Pf. Davon erhalten die Vertriebsobleute pro verkauftes Exemplar 5 Pf. vergütet. Wie dieser Betrag in den einzelnen Orten verwendet und wie er aufgeteilt wird, bleibt den örtlichen Vertriebsobleuten überlassen.
Die Vertriebsobleute müssen danach streben, möglichst viele Leser als feste Abonnenten zu gewinnen. Der Monatspreis der Zeitung für Abonnenten beträgt 60 Pf., wovon dem Vertriebsobmann 20 Pf. zustehen. Der Vorteil eines Monatsabonnements für den Abonnenten besteht darin, daß er eine Nummer im Vierteljahr frei hat.
Außer dem Vertrieb an feste Abonnenten sollen möglichst viele Exemplare im freien Verkauf in Umlauf gebracht werden. Doch soll jeder Vertriebsobmann nicht mehr Exemplare vom Verlage anfordern, als er glaubt mit großer Wahrscheinlichkeit abzusetzen.
Nicht verkaufte Exemplare können dem Verlag oder dem örtlichen Hauptvertriebsobmann zurückgegeben werden.
- 4. Abrechnung:** Die Abrechnung mit dem Verlag erfolgt vierzehntäglich. Notwendig ist jedoch, daß wöchentlich Kontozahlungen ge-

leistet werden. Zur Abrechnung gibt der Verlag besondere Formulare heraus, die genau auszufüllen sind...

5. **Postbezug:** In der Regel sollen die Abonnenten durch die Vertriebsleute beliefert werden.

Zeitung kann aber auch durch die Post oder direkt durch den Verlag bezogen werden. Bei Postbezug kostet die Zeitung monatlich 60 Pf. zuzüglich der Postzustellgebühr. Bei direktem Bezug vom Verlag kostet die Zeitung monatlich 1 Mk.

Daß außerdem noch weitere Anweisungen für die Propaganda erfolgt sind, zeigt das folgende Rundschreiben, das in Breslau in Betrieben verbreitet worden ist.

„Werte Kollegen!

Auf Grund der immer stärkeren Zuspitzung der Krise und der damit verbundenen immer stärkeren Rechtschwenkung der Partei, sah sich die „Linke“ innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gezwungen, eine eigene Wochenzeitung, die „Fackel“ herauszugeben. Während die Parteipresse durchweg das Sprachorgan des Parteivorstandes in Berlin ist, soll die Fackel die Wochenzeitung der Linken, das Sprachorgan der breiten Massen der Arbeiterschaft sein. Kollegen, die Zeiten sind ernst. Es gilt das Bewußtsein wachzurütteln. Diese Aufgabe soll die Fackel erfüllen. Namhafte Führer der Linken, wie Ziegler, Eckstein, Sendewitz, Rosenfeld u. a. sind Mitarbeiter. Sorgt dafür, daß die revolutionäre Auffassung dieser linken Genossen in der Arbeiterschaft größte Verbreitung findet.

Mit proletarischem Gruß!

Die Vertriebsstelle der Fackel.

S. A. Kneiff.“

Genosse Kneiff, der diesen Flugzettel unterzeichnet hat, ist Abteilungsleiter im Ortsverein Breslau der SPD. und zugleich Stadtverordneter.

Andere Versuche zur organisatorischen Zusammenfassung der „Opposition“ wurden von der Zeitschrift „Klassenkampf“ aus unternommen. Man veranstaltete Diskussionsabende für die Leser der Büchergemeinde, ohne die zuständigen Parteiorganisationen vorher davon zu unterrichten. Vertrauensleute der „Opposition“ forderten Redner für die Versammlungen der Partei an. Es bestand eine organisierte Referentenvermittlung, deren Leitung der Genosse Frix Levy, Berlin-Britz, ein Schwager des Genossen Sendewitz, innehatte. Als Beispiel für diese Vermittlung geben wir folgendes Schreiben wieder, das vom 12. Mai 1931 datiert ist:

„Werte Genossen! Eure Einladung an Engelbert Graf habe ich weitergegeben und ihn gebeten, euch direkt zu antworten. Ich glaube aber kaum, daß Genosse Graf bei einer so kurzfristigen Einladung instande ist, das Referat zu übernehmen. Es wäre mir aber sehr wohl möglich, einen jüngeren Berliner Genossen zu vermitteln.

Mit Parteigrüß Frix Levy.“

Dem Berliner Bezirksvorstand wurde von dem Leiter des 4. Kreises in einem Schreiben mitgeteilt:

... Durch Parteigenossen erhielten wir Kenntnis von sogenannten Diskussionsabenden, welche bei der Genossin Laasch, Gubitzstr. 37 (Legienstadt) stattgefunden haben. U. a. haben an einem dieser Abende auch bekannte Führer der K P D. teilgenommen, darunter der allbekannte Brandler. Nachdem wir von den Dingen Kenntnis erhalten hatten, bin ich mit dem zuständigen Abteilungsleiter, dem Genossen Altermann, 24. Abt., sofort zu der Genossin Laasch gegangen und haben wir um Aufklärung ersucht. Nach Austritt der Genossin Laasch sind die Abende entstanden auf Wunsch verschiedener Mitglieder der Margistischen Büchergemeinschaft und der Freien Schulgemeinschaft, welchen der Genosse Laasch, der Ehemann der Genossin Laasch, als Vorstandsmitglied angehört

Infolge der häufig nicht zu trennenden Verbindung zwischen „Opposition“ und kommunistischem Spitzelsystem ist es bereits an mehreren Orten zu Austritten irreführter Parteigenossen und zu Uebertritten in die kommunistische Partei gekommen. So besonders in Luckenwalde, Görlitz und Düsseldorf. Diese Uebertritte beschränken sich jedoch stets auf ganz wenige Personen, die in der Partei bisher den Ruf als Rörgler hatten. Nach ihrem Ausscheiden ist in den Parteiorganisationen eine weit bessere Stimmung als bisher zu verzeichnen, die Versammlungen sind viel reger besucht, die Diskussionen bewegen sich auf einer Höhe, wie man sie früher selten gekannt hatte.

Es gibt kein Organ in der Partei, keine Institution, die nicht der Kontrolle der Gesamtpartei unterliegen. Der Parteivorstand, wie die Bezirksvorstände, Ortsvereinsvorstände oder Geschäftsleitungen, Zeitungen oder sonstige Institutionen — für alle besteht die Kontrolle der gesamten Mitgliedschaft, am einzelnen Ort durch die Organisationsleitung und Revisoren, in den Bezirken desgleichen, ebenso für die Gesamtpartei, für Druckereien sind Gesellschafter und für Zeitungen Preßkommissionen vorgesehen. Lediglich Rosenfeld und Seydewitz als Gesellschafter der „Freien Verlags-Gesellschaft“ und Herausgeber der „Fackel“ wollten ein solches Recht für sich in Anspruch nehmen, das unvereinbar mit den gegebenen Satzungen der Partei ist. Sie verlangten ein Sonderrecht in der Partei. Das Sonderrecht: Sonderveranstaltungen, Sonderaktionen, Sondereinrichtungen, ein eigenes Leben innerhalb der Partei zu führen. Seydewitz hätte als Bezirksvorsitzender im Zwickauer Bezirk sicherlich nicht geduldet, wenn eine Organisation ohne Kontrolle der Bezirksleitung gar hinter ihrem Rücken sich aufgetan hätte. Er hätte eine Zeitung in seinem Bezirk, als Konkurrenzorgan gegen das von ihm geleitete „Sächsisches Volksblatt“ nicht dulden können, ohne sich der schwersten Pflichtverletzung schuldig zu machen. Das braucht nur

erwähnt zu werden, um klarzulegen, daß allein Ströbel der Wahrheit die Ehre gegeben hat, als er zu einer Zeit, als Rosenfeld und Seydewitz ihre Bemühungen noch darauf richteten, als die von dem Parteivorstand vergewaltigten Verfechter der Meinungsfreiheit zu gelten, erklärte, daß die Spaltung vorbereitet sei, so wie er auch dem Redakteur des „Berliner Tageblattes“ am 23. September bereits den Namen der neu zu gründenden Partei nannte. Dem Parteivorstand gegenüber Ableugnung, dem bürgerlichen Journalisten gegenüber aber offenes Bekenntnis zur Spaltung der Partei.

Unehrlisches Verhalten

Seydewitz und Rosenfeld behaupten wiederholt, sie hätten beim Parteivorstand um eine Verständigung nachgesucht, der Parteivorstand aber habe jedes Entgegenkommen abgelehnt. Diesen Vorwurf erhebt Seydewitz auch in einem Briefe an den Bezirksvorsitzenden in Zwickau, den Genossen Kurt Müller, in dem er behauptet:

„Der Genosse Rosenfeld und ich haben außerdem vor Beginn der Parteivorstands-Sitzung dem Parteivorstand ein Schreiben unterbreitet, in dem wir unter Berufung auf unser letztes Schreiben uns ausdrücklich zu Verhandlungen und zur Verständigung bereit erklärt haben. Leider hat der Parteivorstand nicht dieselbe Bereitschaft zur Verständigung gezeigt und die Schuld für die Folgen des Ausschlusses trägt der Parteivorstand.“

Das ist ein unehrliches Spiel. In dem Brief Rosenfeld steht kein Wort von „Verständigung“. Hier der Wortlaut:

„Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 26. d. M., auf das wir bis heute Antwort nicht erhalten haben, bitte ich zugleich im Namen des Genossen Seydewitz um Nachricht, ob der Parteivorstand bereit ist, in Besprechungen mit uns einzutreten.“

Also lediglich „Besprechungen“, nichts von „Verständigung“! Wir wissen durch Ströbel und die Bezirksleitung in Zwickau, daß Seydewitz und seine Freunde nicht willens waren, sich dem Beschluß des Parteiausschusses zu fügen. Das haben Rosenfeld und Seydewitz zudem ausdrücklich an den Parteivorstand geschrieben.

Am 29. September, an einem Tage, an dem der Parteivorstand Sitzung hatte und am Nachmittag den Ausschluß beider vollzog, waren zwei Mitglieder des Bezirksvorstandes aus Zwickau, die Genossen Kurt Müller und Kranz, im Büro des Parteivorstandes mit dem Auftrag ihres Vorstandes, den Parteivorstand nochmals um eine Verhandlung mit Rosenfeld und Seydewitz zu ersuchen. Der Parteivorstand mußte den zwei Genossen erklären, daß es nach dem klaren Beschluß des Parteiausschusses ein Verhandeln nicht mehr geben könne, zumal beide wiederholt erklärt hätten, daß sie sich den Beschlüssen nicht fügen wollen;

der Parteivorstand könne nicht zweierlei Recht schaffen, eins für die Parteimitglieder, die bei beharrlichem Zuwiderhandeln gegen die Beschlüsse der Parteinstanzen und der Parteitage aus der Partei ausgeschlossen werden, und eins, wonach mit sogenannten prominenten Genossen erst noch verhandelt werde. — Von dieser Auffassung im Parteivorstand haben die beiden Zwickauer Genossen sodann Seydewitz um 12½ Uhr mittags telephonisch unterrichtet und hinzugefügt, daß sie auch jetzt noch erklären könnten, bereit zu sein, sich dem Beschluß des Parteiausschusses zu fügen. Es war also um diese Zeit durchaus noch möglich für Seydewitz und Rosenfeld, ihren Ausschluß zu verhüten.

Am gleichen Tage, am 29. September, an dem der Parteiausschuß den Beschluß gegen die oppositionellen Sonderbestrebungen faßt, geht ein Zirkular der Freien Verlagsgesellschaft heraus, in dem es u. a. heißt:

„Wir haben uns auf alle Konsequenzen hin entschlossen, uns diese Unterbindung der Meinungsfreiheit nicht gefallen zu lassen. Wir werden die „Fackel“ und die roten Bücher weiter herausgeben und mit unserer Person für diese Handlung eintreten.

Wir erwarten von unseren Freunden, daß sie diese Stellungnahme billigen und uns bei unserem Kampfe unterstützen.“

In einem Telephongespräch, das der Genosse Stampfer mit Rosenfeld führte, bestreiten Rosenfeld und auch Seydewitz, daß ein solches Zirkular von der Freien Verlagsgesellschaft herausgegeben sei. Das Zirkular befand sich aber im Besitz des Parteivorstandes. Rosenfeld sendet dann noch eine Berichtigung an den „Vorwärts“ und bittet Stampfer, er solle doch die nächste Nummer der „Fackel“ abwarten. Damit erweckt Rosenfeld die Hoffnung, daß er einlenken wolle. Daß das nicht geschah, beweisen dann die folgenden Vorgänge.

Otto Bauers angebliche Vermittlung

Auf der Gründungskonferenz der „Sozialistischen Arbeiter-Partei“ am Sonntag, dem 4. Oktober, hat nach Pressemeldungen Max Seydewitz behauptet:

„daß sich Otto Bauer von der österreichischen Sozialdemokratie tagelang um einen Frieden zwischen Wels und Seydewitz bemüht habe“.

Diese Behauptung ist unwahr. Ihr gegenüber sei festgestellt:

1. Ein Brief Otto Bauers an den Genossen Wels ist vom 28. September datiert und erst am 29. September beim Parteivorstand eingetroffen, als die Vorstandssitzung, die den Ausschluß von Rosenfeld und Seydewitz ausgesprochen hatte, schon seit mehr als einer Stunde beendet und der Parteivorstand nicht mehr beisammen war.

2. Dieser Brief Bauers teilt lediglich mit, daß Prof. Max Adler-Wien (nicht zu verwechseln mit Friedrich Adler, dem Sekretär der Sozialisti-

sehen Arbeiter-Internationale) bei ihm gewesen sei und ihm gesagt habe, daß Rosenfeld und Seydewitz „den Konflikt sehr gern beilegen und den Bruch mit der Partei sehr gern vermeiden möchten“. Auf Wunsch Adlers teile Bauer das dem Genossen Wels mit.

3. Otto Bauer schreibt in dem Briefe wörtlich: „Ich habe auf eine Anspielung Mag Adlers sofort sehr deutlich erklärt, daß sich weder die österreichische Partei noch ich persönlich in den deutschen Konflikt einmengen wird.“

Also erstens kam der Brief zu spät. Zweitens enthielt er nur die Mitteilung Mag Adlers von der angeblichen Verständigungsbereitschaft von Rosenfeld und Seydewitz und drittens hat Otto Bauer sowohl für die österreichische Partei wie für seine Person jede Einmischung in den Konflikt abgelehnt.

Eine Theorie der Parteispaltung

Die Genossen von der „Opposition“ versuchen es in Abrede zu stellen, daß ihre Sonderbestrebungen geradezu zur Parteispaltung führen müssen. Daß aber nichts anderes der Sinn ihres Vorgehens ist, geht mit aller Deutlichkeit aus einer Broschüre hervor, die die Genossin Anna Siemsen unter dem Titel „Parteidisziplin und sozialistische Ueberzeugung“ im Laubschen Verlage veröffentlicht hat. Anna Siemsen versucht in dieser Schrift dem Disziplinbruch der neun Reichstagsabgeordneten, die beim Reichswehretat sich nicht nach einem Fraktionsbeschluß der Stimmen enthalten, sondern gegen die Fraktion mit den Kommunisten gestimmt haben, eine theoretische Begründung zu geben.

Dazu ist nur soviel zu sagen, daß der Parteivorstand noch niemals einen Gewissenszwang auf die Funktionäre der Partei ausgeübt hat. Was die Redakteure anbetrifft, so gibt es nur ein Blatt, das direkt dem Parteivorstand untersteht, nämlich das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“. Aber auch hier wird die Schreibweise nicht allein vom Parteivorstand, sondern zuerst durch die von der Berliner Organisation eingesetzte Pressekommission kontrolliert, und die letzte Instanz für den „Vorwärts“ ist der Parteitag. Sämtliche anderen Blätter unterstehen der Kontrolle durch die örtlichen Pressekommissionen oder Parteileitungen. Im übrigen entsprechen die theoretischen Darlegungen der Genossin Siemsen den Auffassungen eines liberalen Individualismus, nicht aber dem Standpunkt einer im Kampfe gegen eine Welt von Feinden stehenden Partei.

Die neue Splitter-Partei

Trotz aller Ablehnungsversuche der Seydewitz-Rosenfeld-Gruppe, daß eine besondere Organisation zu schaffen von ihnen beabsichtigt sei, ist nun doch in einer Konferenz am 4. Oktober in Berlin eine neue Partei gegründet worden, die den Namen tragen soll: „Sozialistische Arbeiter-Partei“. Seydewitz als Referent auf dieser Konferenz betonte, daß die neue Partei eine besonders scharfe Abgrenzung gegenüber den Kommunisten innehalten werde, besonders wegen der RSD.-Taktik, die zur Spaltung der Gewerkschaften führen solle. Die Demokratie in der Partei soll voll zur Geltung kommen. Aus diesem Grunde sollten die Funktionäre und Parteiangestellten jederzeit von den Mitgliedern abberufen werden können. Obwohl man die Taktik der Demokratie anwenden werde, werde man notfalls das Mittel der Diktatur nicht verschmähen.

Dieser Ausspruch ist bezeichnend für die Gründer der neuen Partei. Sie selbst beklagen sich über Diktatur des Parteivorstandes, stellen aber in Aussicht, in ihrer neuen Partei die Diktatur in Anwendung zu bringen.

Seydewitz teilte ferner mit, daß am 1. November in Berlin eine neue Tageszeitung „Die Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ erscheinen wird.

Klaus Zweiling, bisher Redakteur des Parteiblattes in Plauen, sprach über ein Aktionsprogramm, aus dem sich ein Parteiprogramm entwickeln soll. Das Aktionsprogramm wendet sich gegen jede Butschtaktik und jeden Spaltungsgedanken (!). Besteht in dieser neuen Partei schon bei ihrer Gründung die Befürchtung einer weiteren Spaltung?

Es wurde in Aussicht genommen, sich der Zweiten Internationale anzuschließen und mit deren linkem Flügel zusammenzuarbeiten; auch soll ein Schutzbund im Gegensatz zum Reichsbanner gegründet werden. Die Führung dieser neuen Splitterpartei wurde Rosenfeld und Seydewitz anvertraut. Georg Ledebour hatte sich bei der Geburt dieser Partei in einem Schreiben als Pate angemeldet.

Jedenfalls ist durch die Konstituierung dieser neuen Splitterpartei bewiesen, daß der Gedanke zu einer Absonderung von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands schon seit längerer Zeit in diesen Kreisen geschlummert hat.

Ueber die Mitteilung Seydewitz', daß Otto Bauer aus Wien noch zuletzt einen Vermittlungsversuch beim Parteivorstand gemacht habe, ist Näheres unter dem Kapitel „Unehrliches Verhalten“ (Seite 36).

Das Einschreiten der Partei

Inzwischen waren die Vertrauensleute der Gruppe um Rosenfeld und Sendewitz sowie der Freien Verlagsgesellschaft eifrig am Werke, um die „Fackel“ im ganzen Reich zu verbreiten. So wurde dem Parteivorstand aus Suhl und anderen Orten mitgeteilt, daß die „oppositionellen“ Genossen bereits dazu übergegangen seien, das örtliche Parteiorgan abzubestellen und dafür die „Fackel“ zu abonnieren. In jahrzehntelanger Arbeit hat die Partei ihre Presse im Lande aufgebaut, unzählige Parteigenossen haben die härtesten Opfer gebracht, um den Organen der bürgerlichen Parteien eigene Zeitungen der Arbeiterschaft entgegenzustellen. Diese Arbeit sollte jetzt durch die „Opposition“ zunichte gemacht werden.

Daß darüber hinaus aber auch schon die feste Absicht bestand, aus der „Opposition“ eine besondere Partei zu bilden, beweist die Mitteilung des Bezirkssekretärs der Sozialistischen Arbeiterjugend, Bezirk Südwestsachsen, Genossen Michael, der dem Genossen Ollenhauer gegenüber erklärte, daß Sendewitz ihm in einer persönlichen Unterredung, die bereits vor der Parteiauswahlung vom 22. September stattgefunden hat, gesagt habe, daß er nicht in der Partei bleiben werde. Er forderte Michael auf, mit dem Jugendsekretariat in die neue Partei überzutreten. Michael lehnte das ab.

Ein anderes hervorragendes Mitglied der Gruppe Rosenfeld-Sendewitz hat das auch offen zugegeben. Der Reichstagsabgeordnete Dettinghaus veröffentlichte bei seinem Uebertritt in die Kommunistische Partei in der kommunistischen Presse eine lange Erklärung, in der es wörtlich heißt:

„Meine Freunde aus dem Lager der oppositionellen SPD.-Führer wollten mit mir gemeinsam als Antwort auf den Beschluß des Reichsparteiaussschusses eine Organisation außerhalb der Sozialdemokratie schaffen. Lange und gründlich habe ich diesen Vorschlag abgewägt. Ich bin zu dem Entschluß gekommen, daß jede neue Gruppen- und Parteibildung nicht der so dringenden Einheit, sondern Spaltung und Schwächung der Arbeiterbewegung dient, gleichgültig von welchem Willen dieser Schritt getragen ist.“

Schon vorher hatte Dettinghaus in einer öffentlichen Versammlung auf die Frage eines kommunistischen Diskussionsredners, wo sich die Arbeiterschaft heute politisch organisieren solle, wörtlich geantwortet: „Genossen, ihr werdet verstehen können, daß ich in diesem Kreis auf die erste Frage keine Antwort geben kann.“ Ähnliches hat der bisherige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ströbel ausgeführt. In öffentlichen Versammlungen, die von der Sozialdemokratischen Partei einberufen wor-

den waren, erklärte er ausdrücklich, wenn er noch einmal jung wäre, so würde er sich nicht der Sozialdemokratischen, sondern der Kommunistischen Partei anschließen. Und noch bevor der Parteivorstand die Folgerung aus den sonderorganisatorischen Bestrebungen der Abgeordneten Rosenfeld und Sendewitz zog und sie aus der Partei ausschloß, hat Ströbel in einer Sitzung des Bezirksvorstandes für Chemnitz am Sonnabend, dem 26. September, offen für die Spaltung der Partei plädiert.

Wie weit die Verbindung zwischen den Spaltern und den einzelnen Organisationsgruppen bereits gediehen war, zeigt ein Brief des vom Parteivorstand am 12. September 1931 ausgeschlossenen Parteimitgliedes Werner Wegmann in Wuppertal-Elberfeld, in dem mitgeteilt wurde:

„Dieses System kann nicht mehr gesund und die Desorganisationserscheinungen innerhalb der SPD. (Fall Dettinghaus, Berliner W.) nehmen ja auch bereits große Formen an. Wir können hierüber vielleicht besser urteilen, weil wie ja in letzter Zeit mit all diesen Oppositionsgruppen und -grüppchen in Verbindung standen.“

Der Parteivorstand hat bis zum letzten Augenblick versucht, Rosenfeld und Sendewitz zur Beachtung der Parteibeschlüsse zu veranlassen. Er richtete am 25. September folgendes Schreiben an die beiden Gesellschafter der „Freien Verlagsgesellschaft“:

Werner Genosse!

Unter Hinweis auf den Beschluß des Parteausschusses in der Sitzung vom 2. September 1931 habe ich an Sie als Gesellschafter der Freien Verlagsgesellschaft die Frage zu richten, ob Sie bereit sind, sich dem Beschluß des Parteausschusses zu fügen. Wir haben darauf verzichtet, diese schriftliche Frage unmittelbar nach dem Stattfinden der Parteausschusssitzung an Sie zu richten, weil wir glaubten, das Erscheinen der nächsten Nummer der „Fackel“ abwarten zu sollen. Wir waren der Auffassung, daß die dadurch gegebene Frist ausgereicht hätte, um in Nummer 4 der „Fackel“ eine entsprechende Erklärung zu veröffentlichen. Das ist leider nicht der Fall gewesen. Deshalb richten wir heute die einleitend gestellte Frage an Sie und ersuchen, uns bis Montag, den 28. September, Ihre Antwort zuzustellen.

Mit Parteigruß!

Der Parteivorstand. J. A.: O. Wels.

In ihrer Antwort erklärten Rosenfeld und Sendewitz, daß sie die „Fackel“ und die „Marxistische Büchergemeinde“ auf alle Konsequenzen hin weiterführen wollten. Daraufhin faßte der Parteivorstand am 29. September den Beschluß, beide aus der Partei auszuschließen. Ueber diese Entscheidung teilte der Parteivorstand der Parteipresse folgendes mit:

„Der Parteivorstand hat sich in seiner Sitzung vom 29. September 1931 mit dem Schreiben befaßt, das von Kurt Rosenfeld zugleich im Auftrage

von **Max Seydewitz** unter dem Datum des 26. September an ihn gerichtet wurde. Er betrachtet die Erklärung in jenem Schreiben:

„Wenn der Zweck des Beschlusses des Parteiausschusses sein sollte, daß die „Fackel“ und die „Marxistische Büchergemeinde“ verboten sein sollten, so könnten wir uns diesem Beschluß nicht fügen“,

als **Weigerung**, dem Beschluß des Parteiausschusses vom 22. September Rechnung zu tragen.

Das Schreiben wiederholt lediglich, was die „Freie Verlagsgesellschaft“ am gleichen Tage, an dem der Parteiausschuß tagte, unter dem Datum des 22. September bereits in einem Zirkular zum Ausdruck brachte, in dem es heißt:

„Wir haben uns auf alle Konsequenzen hin entschlossen, uns eine Unterbindung der Meinungsfreiheit nicht gefallen zu lassen. Wir werden die „Fackel“ und die „Roten Bücher“ weiter herausgeben und mit unserer Person für diese Handlungen einstehen.“

Dieselbe Erklärung ist in Nr. 4 der „Fackel“ abgegeben:

„In diesem Sinne werden die „Fackel“ und die „Marxistische Büchergemeinde“ weitergeführt werden.“

Das ist in der Zeit vom 22. September bis zum 26. September in **dreifacher Wiederholung die gleiche Erklärung**, daß der Beschluß des Parteiausschusses von den Gesellschaftern der „Freien Verlagsgesellschaft m. b. H.“ nicht befolgt würde.

Auf Auseinandersetzungen über die in der Partei angeblich bedrohte Meinungsfreiheit, sowie über die Behauptung, daß der Parteiausschuß das „Bekenntnis zum Pazifismus als parteischädigend deklariert habe“, geht der Parteivorstand nicht ein. Die Tatsachen sprechen berechtigt dagegen. Allein der Umstand, daß **Seydewitz** als Chefredakteur des „Sächsischen Volksblatts“ in Zwickau seit Jahren, ohne Einspruch des Parteivorstandes zu erfahren, dieses Blatt der Partei in seinem Sinne redigieren konnte; der Umstand, daß der Parteivorstand dem Erscheinen des „Klassenkampf“ nichts in den Weg gelegt hat, beweist das zur Genüge.

Das Einschreiten der Partei erfolgte, als, unkontrolliert und unkontrollierbar von den von der Partei gewählten Vorständen, die „Marxistische Büchergemeinde“ ins Leben gerufen wurde, die neben der Herausgabe von Büchern und Zeitschriften auch die Veranstaltung von Vorträgen schriftlich als ihre Aufgabe erklärt hat. Die Herausgabe der „Fackel“, zu deren Verbreitung nach der persönlichen Erklärung von **Seydewitz** in der Sitzung des Parteiausschusses vom 22. September

„selbstverständlich ein Organisationsapparat gehöre, weil ohne einen solchen die Verbreitung einer Zeitung nicht möglich sei“,

war ein weiterer als **Sonderaktion** zu betrachtender Schritt. Dagegen hat sich der Parteiausschuß gewandt. Der Parteivorstand trat diesem Beschluß bei. Ihm wurde der Auftrag, alle zur Erhaltung der Parteeinheit und zur Bekämpfung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungesäumt vorzunehmen.

Die Gesellschafter der „Freien Verlagsgesellschaft“ haben die ihnen noch mals gebotene Frist nicht benutzt, um entsprechend der an

sie gerichteten Aufforderung klar und eindeutig ihre Bereitwilligkeit auszusprechen, sich dem Beschluß des Parteausschusses zu fügen. Damit haben sie gegen den auf Antrag der Zwickauer Organisation von dem Parteitag zu Heidelberg 1925 gefaßten Beschluß verstoßen, der lautet:

„Sonderkonferenzen, Sonderveranstaltungen, wie sie von den 23 sächsischen Landtagsabgeordneten wiederholt abgehalten worden sind, sind verboten.“

Rosenfeld und Seydewitz haben alle Warnungen in den Wind geschlagen und sich selbst die Konsequenzen auferlegt, die mit ihrem Verhalten nach ihrem eigenen Bewußtsein verbunden sind: den Ausschluß aus der Partei, den der Parteivorstand hiermit auf Grund des § 28 Absatz 8 des Organisationsstatuts ausspricht.“

Die Einheit über alles!

In der „Chemnitzer Volksstimme“ vom 30. September veröffentlichte Genosse Karl Böchel den nachfolgenden Artikel. Wir geben ihn deshalb wieder, weil Genosse Böchel an der Tattik der Parteimehrheit, an den Beschlüssen des Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion oft Kritik geübt hat. In dem Artikel wird noch einmal bestätigt, daß weder der Parteivorstand noch irgendeine andere Instanz die freie Meinungsäußerung unterdrückt und dadurch erst die sonderorganisatorischen Bestrebungen hervorgerufen habe. Der Artikel trägt die Ueberschrift „Das Experiment der Verzweifelten“ und lautet:

„Die Würfel sind gefallen. Was der Genosse Ströbel am Sonnabend schon im Bezirksvorstand mit Sicherheit behauptete, daß die Verständigungsaktion scheitern werde, ist eingetreten. Und wenn uns heute auch die Wege trennen, so soll noch einmal anerkannt werden, daß der Genosse Ströbel auch in dieser Stunde seinem ehrlichen Charakter treu geblieben ist und es ablehnte, den Anschein zu erwecken, als ob er noch länger in der Partei zu bleiben gedenke. Er plädierte offen für die Spaltung und verzichtete auf die Rolle des Märtyrers, der gegen seinen Willen aus der Partei herausgeworfen worden wäre.“

Diese Feststellung ist wichtig, weil sie die Frage des Konfliktes aus dem Niveau kleiner Winkelzüge heraushebt auf die Ebene der Sachlichkeit, auf der die Abspaltung allein grundsätzlich diskutiert werden kann. Denn wenn jemals Objektivität auf beiden Seiten nötig war, so jetzt in diesem Augenblick, wo einige Parteigenossen, die jahrelang mit uns in der Opposition Schulter an Schulter gekämpft haben, bewußt die Partei verlassen. Und so sehr wir diesen Genossen ehrliche Motive unterstellen, so sehr aber auch ist es notwendig, den jetzigen Schritt, den wir für einen Verzweiflungsakt halten, von allem demagogischen Beiwerk zu entkleiden. Die jetzt ausgeschlossenen Genossen sind, wie die letzten Auseinandersetzungen beweisen, von einem be-

stimmten Zeitpunkt an mit vollem Bewußtsein diesen Weg gegangen, und es hieße, wie Ströbel selbst sagte, dieser Sache einen schlechten Dienst erweisen, wollten sie, um Sympathien zu wecken, die Gegenseite der Vergewaltigung anklagen.

Nein. Es sind tiefgehende Meinungsverschiedenheiten, die Seydewitz und seine engeren Freunde von der Partei und schließlich auch von der Opposition abgedrängt haben. Die Tatsache, daß Leute wie Aushäuser, Löwenstein, Engelbert Graf, Jenßen usw., von denen jeder Name für die Opposition ein Programm bedeutet, nicht nur den jetzigen Schritt mißbilligen, sondern schon früher sich von Seydewitz distanzieren haben, beweist deutlich die zunehmende Vereinsamung der Gruppe Seydewitz. Und je mehr Seydewitz um der theoretischen Geschlossenheit seiner Gruppe willen die Fühlung mit der Opposition verlor, um so mehr wurde er an die Peripherie der Bewegung gedrückt, wo schließlich seine Opposition in einen gewissen Erstarrungszustand versiel.

In dieser selbstgewollten Isolierung erschien dann schließlich die Alternative: Entweder glaubt man noch an die Partei als Instrument des Klassenkampfes, dann muß man mit allen Kräften um die Durchsetzung der Ideen der Opposition innerhalb der Partei ringen, oder aber man verzweifelt an dieser Aufgabe und glaubt nicht mehr an eine Umstellung der Partei, dann muß man als ehrlicher Mensch die Konsequenzen ziehen und die Partei verlassen. Ströbel, Seydewitz und Rosenfeld stehen auf dem letzteren Standpunkt, und alles, was sie taten und jetzt noch tun, ist lediglich die Konsequenz dieser unserer Meinung nach falschen Erkenntnis.

Es ist ein merkwürdiges Schicksal, daß ausgerechnet die Genossen, die in manchen guten Schriften für die Durchdringung der Gesamtpartei mit marxistischen Erkenntnissen gearbeitet haben, in der Frage der Trennung von dem organisatorischen Körper der Partei so unmarxistisch wie nur möglich denken. Sie glauben, daß der Apparat stärker sei als die Entwicklungsgesetze, sie verzweifeln daran, daß eine Partei, die zu 80 Prozent aus proletarischen Elementen besteht, selbst durch gewaltige revolutionäre oder konterrevolutionäre Ereignisse aus der Bahn des Reformismus geschleudert werden könne. Auch wir kennen den Apparat und unterschätzen nicht seine Beharrungstendenz. Aber der Apparat ist schließlich nur die Form; der Inhalt des Parteikörpers, das sind die proletarischen Massen. Seydewitz und seine Wegkameraden setzten die Form über den Inhalt und ignorieren die Tatsache, daß im gegebenen Moment keine Macht des Apparates imstande sein wird, die Massen vom Zentrum ihres Lebensgesetzes, vom Klassenkampf, zurückzuhalten.

Gemessen an den heutigen gewaltigen Geschehnissen, ist der erste Panzerkreuzer-Konflikt, der nun schon über drei Jahre hinter uns liegt, eine winzige Angelegenheit. Heute geht es um Leben und Existenz der Massen, damals ging es um eine Frage des politischen Prestiges der Partei. Aber immer wieder müssen wir daran erinnern, mit welcher Kraft damals die Mitgliedermassen der Sozialdemokratie den Kurs herumrissen und Reichstagsfraktion nebst Ministern zwingen, den Panzerkreuzer fallen zu lassen. Was in so kleiner Sache möglich gewesen ist, das soll nicht möglich sein, wenn bei der in Kürze zu erwartenden Konsolidierung der

Bourgeoisie die Gesetze des Klassenkampfes mit voller Schärfe zur Auslösung kommen? Es ist nicht margistisch gedacht, wenn man annimmt, daß in einer solchen Stunde eine Million organisierter Proletarier im reformistischen Sinne versagen würde.

Selbst wenn es einen Apparat gäbe, der das wollte, dann würden ihn die inneren Spannungen mit der Gewalt einer Naturkatastrophe einfach zerbrechen. Aber es ist ja auch lächerlich, dem Apparat eine solche Funktion zuzutrauen in einem Augenblick, wo die Gesamtbewegung mit allem, was sie hat, Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, Zeitungen, Volkshäusern und Verkaufsstellen, unter der schwersten Bedrohung des Gegners steht. Wenn der große Block von den Liberalen bis zu den Faschisten in Deutschland gebildet sein wird, und wenn eine Kera beginnt, die der des Sozialistengesetzes furchtbar ähnlich sein kann, wie will dann die neue Partei des Genossen Sendewitz ihre Abgrenzung vornehmen gegenüber der auf der ganzen Linie zum Kampf gezwungenen Sozialdemokratie? Das ist die Schicksalsfrage, an der jede neue Partei, die zwischen der SPD. und der KPD. steht, unweigerlich scheitern wird.

Was heute die besonnenen Elemente des Proletariats wie mit eisernen Klammern zusammenhält, das ist die Front gegen den Faschismus. Warum ist auf dem Magdeburger Parteitag die Opposition in einer beachtlichen Stärke erschienen und warum war sie in Leipzig so zusammengeschmolzen? Des Rätsels Lösung ist die: sie war gar nicht zusammengeschmolzen, sie konnte es nicht sein, weil die objektive Situation seit Magdeburg ungeheuer viel günstiger für die Opposition geworden war. Aber die Opposition konnte in Leipzig nicht so in Erscheinung treten, weil im Vordergrund alles politischen Geschehens die Schicksalsfrage stand, die Arbeiter und Führer beherrschte: Faschismus. Das alte Wort, daß während des Krieges die Gegensätze schweigen, hat nicht nur Gültigkeit für die Völker, sondern auch für die Parteien.

Einer unserer Funktionäre des Bezirksvorstandes prägte in der Polemik gegen den Genossen Ströbel das Wort von dem illusionären Glauben an das Wunder der unabhängigen Partei. Wehe, wenn die Gründer der neuen Partei auf einem solchen Wunder aufbauen wollten. Die USP. ist entstanden aus einer geschichtlichen Situation, die genau das Gegenteil dessen ist, was heute vorliegt. Die ungeheure Triebkraft der USP., das war die Massensehnsucht nach Frieden und später die Hochstimmung der Revolution. Heute macht der europäische Kapitalismus den Frieden, und die politische Situation sieht bedenklich nach Konterrevolution aus. Das Wunder der USP. wird sich nicht noch einmal erfüllen, so sehr man auch darum flehen mag.

So bleibt also nur noch der Verzweiflungsakt einer kleinen Gruppe, die sich neben Ledebour, Theodor Diebknacht und den anderen Sektierern im Sand der Hoffnungslosigkeit verlieren wird. Die Massen der Sozialdemokratischen Partei denken nicht daran, sich deshalb, weil einige Führer müde geworden sind, auf einen Weg zu begeben, der Selbstmord bedeutet. Es ist möglich, daß der Indifferentismus durch diesen Verzweiflungsschritt neue Nahrung erhält, das wird aber auch der einzige Erfolg dieser

Aktion sein. Von den Genossen Schemitz, Ströbel usw. ist das sicherlich nicht gemollt, aber die Verantwortung nimmt ihnen niemand dafür ab.

Die große Masse der Parteimitglieder aber wird hart und entschlossen den Weg der Einheit gehen, weil ohne Einheit des Proletariats der Faschismus morgen der triumphierende Sieger sein wird.“

An der Treue unserer Genossen an der Partei, an der Ueberzeugung von dem Siege des Sozialismus werden alle Anschläge auf die Geschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei zuschanden werden. Karl Marx hat an den Schluß des „Kommunistischen Manifests“ das berühmte Wort gesetzt: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Wir wiederholen heute dieses Wort und rufen den Arbeitern in dieser Stunde zu: **Laßt eure Organisation nicht zerschlagen, seid einig im Willen, fest in der Tat!** Die Meinungsfreiheit war stets ein hohes Gut für die Arbeiterklasse; aber noch höher steht ihr die Disziplin im Kampf, die Geschlossenheit der Organisation. Und darum muß jetzt erst recht für den Ausbau unserer Organisation, für die Gewinnung der irreführten und verzweifelten Volksmassen für unsere Bewegung gearbeitet werden. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat sich als unfähig erwiesen, die sozialistische Ordnung muß kommen. Und die neue Zeit darf kein kleines Geschlecht finden!

An die Partei!

Es geht um große Dinge! Die kapitalistische Welt ist bis in ihre Grundfesten erschüttert, sie erzittert unter der weltweiten Auswirkung der englischen Währungskrise. Die bürgerlichen Begriffe von der Stabilität der Ewigkeit des Kapitalismus stürzen zusammen.

Soll die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung den sinnlosen kapitalistischen Experimenten geopfert werden oder soll die Welt zum Wohle der arbeitenden Menschheit umgebaut werden!

Die kapitalistischen Mächte aller Länder kennen nur ein Ziel: mit Hilfe der aus der Krise geborenen Not die Macht der Arbeiterschaft zu brechen, damit die geschichtliche Stunde der Neugestaltung der Gesellschaft ungenutzt vorübergehe. Im Bunde mit der Not die Arbeiterschaft zu verwirren, zu spalten, niederzudrücken — das ist die letzte Hoffnung der Kapitalisten in Deutschland, in England, in der ganzen Welt!

Genossen, Genossinnen! Kampf dem internationalen Kapitalismus, dem deutschen Kapitalismus!

Wir stellen unsere nächsten sozialistischen Kampfziele vor das ganze Volk:

Staatsherrschaft über die Banken!

Volksherrschaft über die Volkswirtschaft!

Schutz der Arbeiter und der Krisenopfer vor Not, Hunger und Kälte!

Nieder mit der politischen und der wirtschaftlichen Macht der Herrscher über die Schwerindustrie! Nieder mit der Macht der Finanzkapitalisten! Nieder mit der Macht der Großagrarier! Bahn frei für den wahren Willen des Volkes!

Werbt für alle unsere Ziele.

Tragt sie ins Volk.

Reißt die Zögernden und die Irrenden an uns heran.

Gegen uns steht die verbündete Reaktion, stehen die Wirtschaftsverbände der Unternehmer. Sie wollen die Arbeiterschaft zurückwerfen in das Zeitalter des Frühkapitalismus. Gegen uns stehen die Söldlinge des Kapitalismus mit dem Hakenkreuz, stehen die bolschewistischen Spalter und Verbrecher an der Arbeiterbewegung. Die Feinde berechnen uns von allen Seiten.

Stärkt unsere Macht!

Werbt für die Partei!

Ein Wille — eine Partei — eine Macht!

Wir fordern Bekenntnis und Treue zum Sozialismus. Wir fordern Treue zur Partei.

Wir fordern Disziplin vorm Feind

Wir werben und kämpfen — uns hemmt weder der Feind, noch die politische Selbstmordtaktik von Abtrünnigen, deren Glaube die Feuerprobe nicht bestanden hat.

In dieser Zeit, wo wir vor Entscheidungen und Aktionen von geschichtlicher Bedeutung stehen, wo wir mehr denn je einer eisernen Geschlossenheit und Entschlossenheit bedürfen, glauben einige Verblendete, in der Sozialdemokratie eine Sonderorganisation für ihre eigenen Bestrebungen errichten zu können.

Die Partei hat sie abgeschüttelt.

Die Arbeiter haben weder Zeit noch Lust für sektiererische Eigenbröteleien.

Wer seine Besserwisserei und Rechthaberei höher stellt als die Notwendigkeit einer einigen Front der Arbeiter gegen den Kapitalismus, der ist nicht berufen, mit den Arbeitern zu kämpfen oder gar sie zu führen.

Genossen, Genossinnen!

Fort mit allen, die sich gegen unsere Einheit und Geschlossenheit erheben wollen, die uns schwächen wollen in der Stunde der Not und Gefahr. Sie haben weder die Größe der Stunde noch die Mission der Sozialdemokratie begriffen.

Fort mit allen Spaltern!

Antwortet ihnen durch verstärkte Hingabe an den Werbefeldzug für die Partei, an die Mobilisierung der arbeitenden Massen für den Sozialismus.

Wir sind eine Million Parteimitglieder, eine Million Werber. Ruft es millionenfach ins Volk:

Gebt der Sozialdemokratie Macht zur Ueberwindung des kapitalistischen Systems!

Vorwärts mit verdoppelter Kraft! Jede Kampfanjage unserer Gegner, jeder Versuch, uns zu hemmen, stärkt unsere Energie. Vor uns steht die weltgeschichtliche Aufgabe der sozialistischen Neuordnung der Wirtschaft.

**Der Kapitalismus ist zum Fluch für die
Menschen geworden!**

**Der Sozialismus wird der Menschheit
zum Segen werden!**

Berlin, den 2. Oktober 1931.

**Der Parteivorstand
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Verantwortlich für den Inhalt: **Georg Schmidt, Berlin SW. 68.**
Druck: **Borwärs Buchdruckerei, Berlin SW. 68.**